Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung: [illegible] Havl[illegible] 32. [illegible]

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat, Prag. Postscheckamt 57544.

Inserate werden laut Tarif billigst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . Kč 16.—
vierteljährlich „ 48.—
halbjährig . . „ 96.—
ganzjährig . . „ 192.—

Für Deutschösterreich monatlich ÖK 600.—, für Deutschland Mk. 40.—.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

2. Jahrgang. Dienstag, 4. Juli 1922. Nr. 154.

Das Ende einer Lüge.

Die billigen Lorbeeren, welche die Anwendung der Polizeigewalt im Abgeordnetenhause die Deutschnationalen und Deutschgelben ernten ließ, haben der Lüge der deutschen Einheitsfront ein Ende gemacht. Jetzt, da Jung und Lodgman von der Hauspolizei des Abgeordnetenhauses aus dem Saale geschleppt wurden, hoffen sie, daß der Weizen ihrer Parteien so üppig blühen werde, daß es vorteilhafter ist, wenn sie nun gegen die übrigen deutschbürgerlichen Parteien sich zusammentun. Einen andern Sinn kann die von ihnen gebildete „Kampfgemeinschaft" nicht haben. Es soll eine „Kampfgemeinschaft" gegen die mit diesen Parteien bisher sowohl bei den Wahlen, wie im Parlamente vereinigten deutschen Agrarier, Christlichsozialen und Deutschdemokraten werden. Der Zusammenschluß der Abgeordneten der Deutschen Nationalpartei und der Deutschgelben hat die anderen Verbandsparteien umsomehr „überrascht", als der Deutsche parlamentarische Verband sich erst vor kurzem auf „Richtlinien" geeinigt hat, deren Väter die Deutschgelben sind, also gerade jene, die jetzt mit den Deutschnationalen ihre Sonderbestrebungen gegen die Mehrheit des Deutschen parlamentarischen Verbandes so herausfordernd zum Ausdruck bringen. Die Deutschgelben sind es auch, die den Gedanken der Schaffung einer alle deutschen Parteien umfassenden „Volksorganisation" ausgeklügelt und die „deutsche Einheitsfront" am lautesten befürwortet haben. Nun machen Jung und Lodgman gegen Richtlinien, deutsche Einheitsfront und Volksorganisation selber Front und bereiten damit einer lügenhaften Legende ein unrühmliches Ende. Sie halten nun weite Kreise der deutschen Bevölkerung für genügend national radikalisiert, daß sie die Maske der Einheitsfanatiker fallen lassen, um, auf eigene Faust operierend, in der Hervorkehrung ihrer Kampfmethoden gegen die anderen deutschen Parteien ihren Parteivorteil zu suchen.

Die beiden frondierenden Klubs beteuern natürlich „übereinstimmend", daß „von ihrer Seite eine Gefährdung der deutschen Einheit in keiner Weise beabsichtigt war", aber für so naiv, diese Beteuerung zu glauben, können sie doch nicht einmal die Herren der Mehrheit des Deutschen parlamentarischen Verbandes halten. Die agrarischen und christlichsozialen Blätter weisen denn auch diese Zumutung an die Naivität ihrer Parteien mit Entrüstung zurück, nennen die Erklärung der „Kampfgemeinschaft" einen „Schwall diplomatisch fein gedrechselter Wortklauberei, diplomatische Auf- und Unterlegerei" und sagen von der Begründung dieser Erklärung, daß sie „an Sophistik nichts zu wünschen übrig läßt". Schließlich warnen sie davor, „um persönlichen Ehrgeizes und politischer Abenteuerei willen in das deutsche Volk eine Kluft zu legen". In der Tat: die Kluft im deutschbürgerlichen Lager hat sich aufgetan. Wohl beteuern die einen wie die anderen, der „einheitliche" parlamentarische Verband bleibe trotz alledem bestehen, aber er wird nun, nach dem Willen der Deutschnationalen und Deutschgelben, aus einer „Kampfgruppe" und einer „Verhandlungsgruppe" bestehen. So definiert wenigstens das offizielle Organ der Deutschen Nationalpartei, das „Nordböhmische Tagblatt", die künftige Form und Zusammensetzung des Deutschen parlamentarischen Verbandes. Die „Kampfgruppe" wollen die Deutschnationalen und Deutschgelben bilden, mit dem Stigma der „Verhandlungspartei" sollen die Agrarpartei, die Christlichsozialen und die Deutschdemokraten behaftet werden. Damit erscheinen, so hofft die „Kampfgruppe", die anderen, zur „Verhandlungsgruppe" gehörigen Parteien — denen auch sonst „unwürdiges Nachgeben und Nachlaufen gegenüber den Tschechen" vorgeworfen wird — vor der Wählerschaft ausreichend denunziert. Die Wähler, die, wie man erwartet, nun doch in absehbarer Zeit an die Wahlurne treten werden, können dann wählen: hier die „unentwegten Kämpfer", dort die andern, die nur „verhandeln" wollen. Da kann, nach den Erklärungen der Jung und Lodgman, den Wählern die Wahl nicht schwer werden! Nach den Erfahrungen bei den letzten Stürmen im Abgeordentenhause sieht es mit den Erwartungen und Aussichten der „Kampf- und Stoßgruppe" auf künftige Erfolge allerdings sehr windig aus, denn die von ihr angewendete Methode der Gewalt hat angesichts der Macht- und Stärkeverhältnisse im Parlamente nur die eine Aussicht: sich und der deutschen Bevölkerung des Staates neue Niederlagen und Blamagen zu bereiten. Und außerhalb des Parlamentes stünde es bei der Anwendung von Gewaltmethoden um die voraussichtlichen Folgen dieser Desperadopolitik nicht besser: sie würde die nutzlose Häufung neuer Opfer bedeuten, denen als Gegenwert nicht einmal jene Erfolge gegenüberstünden, welche die unermüdliche und zähe politische und parlamentarische Arbeit den politischen Machthabern abringt. Man kann überzeugt sein, daß angesichts der harten Tatsachen auch die Tätigkeit der neuen „Kampfgemeinschaft" trotz ihrer kraftmeierischen Gesten nicht über das übliche nationale Maulheldentum hinausgehen wird, und so wird und kann sich Zweck und Bedeutung der Jung-Lodgman-Baeranschen „Kampfgemeinschaft" nur darin erschöpfen, den anderen der nationalistischen Phraseologie weniger geneigten Parteien bei den Wählern ordinärste Schmutzkonkurrenz zu machen.

Der Gegensatz, der sich zwischen den deutschbürgerlichen Parteien aufgetan hat, ist keineswegs nur eine häusliche Angelegenheit dieser Parteien. Er zeigt, daß der deutsche Nationalismus, vertrauend auf die Werbearbeit, die der tschechische Nationalismus für ihn geleistet hat und, wie er hofft, noch leisten wird, alle Rücksichten auf Einheitsfront und Richtlinien glaubt fallen lassen zu können, und sich stark genug fühlt, den Kampf um die nationale Radikalisierung und Erfassung der Wähler gegen die anderen Parteien, nicht zuletzt gegen die Sozialdemokraten, führen zu können. Die Deutschnationalen und Deutschgelben stellen als die Parole ihrer „Kampfgemeinschaft" den Grundsatz auf, daß es „auf dem Boden dieses Staates keine Verständigung für beide Nationen geben kann". Da die tschechischen Machthaber bisher so gut wie nichts zur Stärkung des Glaubens taten, daß auf dem Boden des Staates eine Verständigung der Nationen möglich ist — was in der deutschen Bevölkerung die Stimmung der Hoffnungslosigkeit fördern mußte — so halten die radikalen nationalen Parteien ihre Parole für besonders zugkräftig, wobei sie hoffen, daß die deutsche Bevölkerung die Tatsache übersehen wird, daß es angesichts der Machtverhältnisse in der Welt keineswegs in ihrer Hand liegen kann, die Sicherung ihrer freien kulturellen Entwicklung in absehbarer Zeit außerhalb des Staates zu erreichen. Die Gründung der „Kampfgemeinschaft", welche die Vereinigung der Hakenkreuzler auch außerhalb des Parlamentes zur Folge haben wird, macht der alten Lüge ein Ende, daß sich alle in den einzelnen Parteien verkörperten verschiedenen kulturellen und wirtschaftlichen Interessengegensätze, die Gegensätze zwischen Stadt und Land, Freisinnigen und Klerikalen, unter einem Hut vereinigen lassen. Sie deutet aber gleichzeitig eine Verschärfung des Nationalismus an. Die deutsche Arbeiterschaft wird sich auf harte Kämpfe gegen die nationalistische Radaupolitik gefaßt machen müssen, die darauf ausgeht, auch die deutsche arbeitende Bevölkerung nationalistisch zu verseuchen.

Die Reichskonferenz der U. S. P. für den Eintritt in die Regierung.

Mit Zweidrittelmehrheit beschlossen. — Die Verhandlungen zwischen den Parteien begannen gestern.

Berlin, 3. Juli (Eigenbericht). Die leitenden Körperschaften der USP. haben sich gestern für den Eintritt der Partei in die Regierung ausgesprochen.

Damit ist eine Entscheidung gefällt worden, die aller Voraussicht nach von einschneidender Bedeutung sowohl für die nächste Gestaltung der innerpolitischen Lage wie für die künftige Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung sein wird.

Zunächst hatte sich gestern der Provinzialparteitag für Berlin-Brandenburg mit dieser Frage beschäftigt. Mit etwa Dreiviertelmehrheit wurde beschlossen, die Reichstagsfraktion und die Parteileitung aufzufordern, einem Rufe zum Eintritt in die Regierung Folge zu leisten, um dort für die Durchführung der Forderungen der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften zum Schutz der Republik Sorge zu tragen. Eine von Kurt Rosenfeld lebhaft begründete Resolution, die nur unter viel weitergehenden Bedingungen die Teilnahme an der Regierung zulassen wollte, wurde gegen eine kleine Minderheit abgelehnt.

Die für die ganze Partei maßgebende Entscheidung fällte die gestern abgehaltene Reichskonferenz der USP. Nach einer außerordentlich regen Debatte, die den ganzen Tag ausfüllte, wurde mit Zweidrittelmehrheit beschlossen, der Aufforderung zur Teilnahme an der Regierung Folge zu leisten. Die Reichskonferenz erklärte sich angesichts der gegenwärtigen Situation damit einverstanden, daß die Zentralkörperschaften der Partei mit der Sozialdemokratischen Partei unter Hinzuziehung der Gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen über den Eintritt der Partei in die Regierung verhandle.

Die Parteileitung der USP. wendet sich nunmehr mit einem

Aufruf an die Arbeiterschaft,

um die Gründe für diesen Beschluß festzulegen. Es heißt in diesem Aufruf:

„Die sozialdemokratischen Parteien und die freigewerkschaftlichen Organisationen sind entschlossen, das nur irgendwie erreichbare Maximum an Einigkeit des Proletariats zu verwirklichen. Selbst in den linksbürgerlichen Kreisen hat man jetzt endlich eingesehen, daß ernstliche Maßnahmen gegen die Reaktion rasch durchgeführt werden müssen. Ein Gesetz zum Schutz der Republik soll die Grundlagen schaffen zur Niederhaltung der Reaktion, zur Sicherung der Lebensinteressen der arbeitenden Massen. Diese Maßnahmen können wirksam nur dann durchgeführt werden, wenn die Verfügungsgewalt über die Staatsmacht in den Händen entschlossener Republikaner ist. In dieser Situation erfordert es die Einheit des Proletariats, daß auch die U. S. P. bereit ist, unter bestimmten Voraussetzungen in die Regierung einzutreten und die Exekutive mit in die Hand zunehmen. Der eventuelle Eintritt der U. S. P. in die Regierung wäre ein Schritt in einer außerordentlichen Situation."

Am Schlusse des Aufrufes wird gesagt, daß die Haltung der Partei bestimmt wird durch die Interessen der gesamten Arbeiterbewegung und daß die Partei auch künftig alles tun wird, um den Sieg des Sozialismus vorzubereiten.

Der Beschluß der USP. dürfte von der gewaltigen Mehrheit der Arbeiterklasse mit Beifall begrüßt werden, weil darin mit Recht

der ernste und entscheidende Schritt zur Einigkeit

erblickt wird.

Besondere Bedingungen werden für die Teilnahme an der Regierung nicht gestellt.

Es sind lediglich die Forderungen, die von den drei sozialistischen Parteien und den gewerkschaftlichen Organisationen zum Schutz der Republik aufgestellt worden sind.

Es ist aber wahrscheinlich, daß dieser Beschluß zum

Bruch mit den Kommunisten

führen wird, bei denen es immer klarer wird, daß sie im Augenblick mit den anderen Arbeiterorganisationen nur aus dem Grunde zusammengehen, um diese von innen heraus zu bekämpfen. So haben die Berliner Kommunisten — obgleich für die jetzige Aktion alle Maßnahmen gemeinschaftlich durchgeführt werden sollen — für heute abend eine Reihe von Versammlungen einberufen, die offenbar nur der Verhetzung der Arbeiter gegen die beiden sozialdemokratischen Parteien dienen sollen. Ferner weigerten sie sich während der gemeinsamen Beratungen, bei der morgigen Demonstration nur die von den Organisationen bestimmten Redner sprechen zu lassen, woraus ihre Absicht hervorgeht, durch unverantwortlicher Sprecher die demonstrierenden Arbeiter zu unbedachten Aktionen zu veranlassen.

Die Verhandlungen über den Eintritt der Unabhängigen in die Regierung werden noch heute beginnen. Welche Personen dafür in Frage kommen, wurde noch gar nicht erörtert. Die Behauptung einer bürgerlichen Korrespondenz, daß Genosse Hilferding als Wiederaufbauminister ausersehen sei, beruht lediglich auf Kombination.

Das Gesetz zum Schutz der Republik.

Berlin, 3. Juli (Wolff). In der heutigen Sitzung des Reichsrates der Bundesstaaten wurde der Gesetzentwurf zum Schutze der Republik mit 48 gegen 18 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten außer Bayern die Provinzen Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Westpreußisch-Posen, Niederschlesien, Oberschlesien, Schleswig-Hollstein, Hessen-Nassau. Das Amnestiegesetz wurde mit 55 gegen 11 Stimmen gleichfalls angenommen. Dagegen stimmten Bayern und Bremen. Die erforderliche Zweidrittelmehrheit ist also bei beiden Gesetzentwürfen vorhanden.

Schutz der Verfassung in Preußen.

Berlin, 3. Juli. (Wolff.) Der Verfassungsausschuß des preußischen Landtages beriet Sonntag und Montag über die Anträge zum Schutze der Republik. Angenommen wurde ein demokratischer Antrag, der fordert, daß die leitenden Stellen in der Verwaltung und der Justiz nur an solche Personen übertragen werden, die unbedingt zuverlässige Vertreter der Republik sind. Ferner wurden sozialdemokratische Anträge angenommen, welche fordern, daß die Schüler- und Leihbibliotheken von solchen Büchern gereinigt werden, die mit der bestehenden republikanischen Verfassung nicht in Einklang zu bringen sind, daß alle Schulbücher, welche die Verherrlichung der Monarchie oder der Hohenzollerndynastie enthalten, mit größter Beschleunigung außer Gebrauch gesetzt werden und daß das Staatsministerium in den Schulen diejenigen Verbände verbietet, deren Tätigkeit gegen die Republik gerichtet sind.

Minister des Innern Severing hat den Bund der Aufrechten mit allen seinen Landesverbänden, Bezirks- und Ortsgruppen heute aufgelöst, ebenso sämtliche in Preußen bestehenden Gruppen des deutschvölkischen Schutz- und Trutzverbandes, Sitz Hamburg. Der Oberpräsident von Niederschlesien löste ferner für den Bereich der Provinz den deutschen Schutz- und Trutzverband, ferner dessen Gruppe, die deutschsoziale Partei mit allen Untergruppen, und den Hochschullehrerring deutscher Art auf. Die Auflösung des Hochschulringes erfolgte auf Grund polizeilicher Ermittlungen, die ergaben, daß er zur Teilnahme an militärischen Organisationen aufforderte. Nähere Angaben werden der Oeffentlichkeit unterbreitet werden, sobald es ohne Beeinträchtigung der schwebenden Untersuchung geschehen kann.

Streikbrecher.

Berlin, 3. Juli. (Wolff.) Der Gewerkschaftsring der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände erklärt, daß er sich an der von den sozialistischen Parteien und den freien Gewerkschaften angeordneten Arbeitsruhe am 4. Juli nicht beteilige. Es stehe im Widerspruche mit dem Sinne einer Kundgebung, für den Schutz der Verfassung und der Ordnung, wenn diese Kundgebung mit Arbeitseinstellung und Massendemonstrationen eingeleitet wird. Durch den Druck der Straße könne die Verfassung nicht geschützt werden.

Verhaftung der Thüringischen Erhardtbanditen.

Weimar, 2. Juli. (Wolff.) Wie vom thüringischen Ministerium mitgeteilt wird, ist der Befehl erteilt worden, alle Mitglieder der an der Verschwörung beteiligten Organisation C zu verhaften. Eine große Anzahl von Verhaftungen ist bereits erfolgt, wobei wichtiges Beweismaterial gefunden wurde, das aber im Interesse der weiteren Untersuchung einstweilen geheim gehalten wird.

Der Kampf um die Gewerkschaften.

Von Josef Bölina.

Die Kommunisten haben über Befehl der Moskauer Exekutive in allen Ländern einen planmäßigen Angriff gegen die Gewerkschaften unternommen. Die letzte Exekutivsitzung der kommunistischen Internationale, die ihre Moskauer Beratungen soeben beendete, hat den Befehl, dessen Vorhandensein bekannt war, auch äußerlich zum Ausdruck gebracht. Im Mittelpunkt der Besprechungen über die Krise in den einzelnen kommunistischen Parteien — die Krise ist in allen Ländern gleichmäßig zu verzeichnen, nur daß sie sich hier so, dort anders auswirkt — stand die Frage der Gewerkschaften. Allgemein wurde festgestellt, daß der Einfluß der kommunistischen Parteien auf die Gewerkschaften ein zu geringer ist. Das Mittel, diesen Zustand zu beenden, liegt nach der Auffassung der Führer der Kommunistischen Internationale in der verstärkten Zellenbildung innerhalb der Gewerkschaften. Zellen sollen auch in den bereits kommunistisch orientierten Verbänden geschaffen werden, um die Ueberwachung der Mitglieder und wohl auch die politische Bekehrung zum Kommunismus zu ermöglichen. In allen Organisationen soll ein ausgebautes Spitzelwesen geschaffen werden, das sich hinter dem Namen der „Zellen" verbirgt, in Wirklichkeit nach den eigenen Worten der Thesen über die Gewerkschaftsfrage dazu berufen ist, die kommunistische Parteizentrale über alle Vorgänge in den Organisationen zu informieren.

Die Wirkungen der verstärkten kommunistischen Offensive auf die Gewerkschaften beobachten wir in der Tschechoslowakei bereits seit längerer Zeit. Jeder Kampf, den die Gewerkschaften zu führen haben, wird in der demagogischesten Weise für die parteipolitischen Zwecke der Kommunisten ausgenützt. Mit dem großen Metallarbeiterkampfe in Nordböhmen im Feber des vorigen Jahres beginnend, haben die Kommunisten nicht mehr aufgehört, alle Gewerkschaftsführer des „Verrates an den Interessen der Arbeiterschaft" zu beschuldigen. Sie hatten es recht leicht und machten sich die Situation durch ihre Skrupellosigkeit noch leichter, als sie ohnehin schon war. Ist es schon einfach zur Zeit der Offensive der Gewerkschaften die erreichten Erfolge zu verkleinern, so ist es noch wesentlich leichter, dies in der Zeit der Defensive zu tun, wo sich die Erfolge nur gewissermaßen negativ auswirken. Eine restlose Abwehr der Unternehmerangriffe gelingt in der Zeit der schlechten wirtschaftlichen Konjunktur in den seltensten Fällen. Das wissen natürlich die Kommunisten ebenso gut wie die Gewerkschafter und deshalb genügt es, die Parole eben dieser restlosen Abwehr aufzustellen, um sofort die nötige Gelegenheit zum Geschrei über „Verrat" zu haben, wenn diese, wie es vorauszusehen ist, nicht gelingt. Diese Taktik wurde von den Kommunisten auch weidlich benützt. Nach dem Kampfe der Metallarbeiter, jener der Bergarbeiter, dann der Kampf der Glasarbeiter und nun wieder der mittelböhmischen Metallarbeiter: immer das gleiche Bild. Der Zweck war in allen Fällen der gleiche. Es ging nicht darum, der Arbeiterschaft zu helfen, sondern darum, die nichtkommunistischen Gewerkschaften in kommunistische Hände zu bringen. Denn dort, wo die Kommunisten bereits die Mehrheit hatten, hatten sie keinerlei Skrupel, einem Lohnabbau zuzustimmen und wenn er auch noch so hoch war. Das bewies wohl am besten der Chemische Verband des Herrn Hajs, der in zahlreichen Fällen — in den Spiritusfabriken, in den Papierfabriken, in Zementfabriken und anderswo — 20 und mehrprozentige Lohnherabsetzungen in Kauf nehmen mußte, ohne daß sich im kommunistischen Blätterwald der geringste Widerspruch geregt hätte. Bei ihrem Bestreben, die Leiter der jeweiligen Kämpfe vor der Arbeiterschaft zu diskreditieren, um so für ihre Beauftragten Reklame zu machen, gingen die kommunistischen Parteimacher so weit, daß sie sogar ihre eigenen kommunistischen Vertrauensmänner desavouierten und sie „Verräter" schalten, wenn sie die verbrecherische Taktik der Parteiführer nicht mitmachten. Daß sich diese der Tatsache, auf die Spaltung der Gewerschaftsbewegung hinzuarbeiten, voll und ganz bewußt waren, beweist die Feststellung der erweiterten Moskauer Exekutive, die der linken Oppositionsgruppe Zilek-Houser offen erklärte, daß sie Spaltungstendenzen in den Gewerkschaften unterstützt hätte. Von Interesse ist auch eine Mitteilung des Mitgliedes der KPC., des Vorsitzenden der Einundzwanzigerkommission, jener erweiterten Verhandlungskommission im Metallarbeiterkampfe, Denke, die er in der letzten Nummer des Verbandsblattes des Prager Metallarbeiterverbandes macht. Er erklärt, daß ein „illegaler Ausschuß der oppositionellen Metallarbeiter" aus sieben Mitgliedern bestehe, die so „verläßlich" seien, daß sowohl die übrigen Parteien wie die Regierung über seine Beschlüsse informiert wurden. Dieser illegale Ausschuß beschloß, daß die KP. bei dem geplanten Generalstreik auch gleichzeitig ihre politischen Forderungen aufstellen solle, die zum großen Teile direkt gegen die übrigen politischen Parteien, deren Mitglieder am Generalstreik beteiligt werden sollten, gerichtet waren. Mit Recht fragt Denke, wie unter solchen Umständen eine gemeinsame und einheitliche Abwehr des Unternehmerangriffes möglich sei, wenn auf solche Weise die politischen Differenzen in den Gewerkschaftskampf hineingetragen werden. Diese Taktik haben ja die Kommunisten bisher auch in allen Fällen durchgeführt und es ist noch der Dezemberstreik sicherlich in aller Erinnerung, bei dem ja auch unter dem Vorwande wirtschaftlicher Forderungen die KP. ihre parteipolitischen Ziele, die sich gegen die sozialdemokratische Partei richteten, durch die Anhänger eben dieser Partei im gemeinsamen Streike erkämpfen lassen wollte.

Nun hat in der letzten Zeit der Kampf um die tschechischen Gewerkschaften sehr scharfe Formen angenommen. Es ist zu Auflösungen von Ortsgruppen gekommen, die sich parteipolitisch für die Kommunisten betätigten — wobei loyalerweise festgestellt werden muß, daß die tschechischen Gewerkschaften in den meisten Fällen, leider nicht in allen, das Gebot der parteipolitischen Neutralität wahrten —, der Gewerkschaftsbund hat erklärt, daß sich ein ganzer Verband, der Holzarbeiterverband, außerhalb des Bundes gestellt habe, da er sich für die Moskauer Gewerkschaftsinternationale aussprach und ihr auch beitrat. Es soll also die reinliche Scheidung durchgeführt werden, eine Scheidung, der sicherlich alle, denen die Ehrlichkeit und Schlagkraft der Gewerkschaften am Herzen liegt, zwar nicht frohen Herzens, indessen dem Drucke der Verhältnisse gehorchend, zustimmen werden.

Die Sache hat aber noch eine Seite, die uns alle angeht und keineswegs nur eine interne Angelegenheit der tschechischen Gewerkschaften ist. Wir alle haben ein Interesse daran, daß die Gewerkschaftsbewegung intakt erhalten bleibe. Die kommunistische Propaganda ist eine Propaganda der Spaltung, wenn sich die kommunistischen Führer noch so sehr gegen diesen Vorwurf zur Wehr setzen. Denn es ist schon einmal so, daß man in einer parteipolitischen Gewerkschaft keine Mitglieder halten kann, die dieser parteipolitischen Ueberzeugung fernstehen. Gelingt es also den Kommunisten, die Gewerkschaften sukzessive zu „erobern", wie sie sich das vorgenommen haben, so bedeutet das den Anfang vom Ende der Macht des Proletariates, die endgültige Zerreißung seiner Reihen, die in gewerkschaftlicher Hinsicht noch schwerer wiederherzustellen sein wird als in politischer. Die Revolutionsperiode hat es ermöglicht, daß die Gewerkschaften mit einem Schlage alle auch ihnen mit Widerstreben gegenüberstehenden Schichten erfaßt haben. Es wäre möglich gewesen, diese Leute durch jahrelange systematische Erziehungsarbeit zu wirklichen klassenbewußten Mitkämpfern zu erziehen. Schon die bisherigen Wühlereien der Kommunisten haben den Gelben, die endgültig erledigt schienen, die Wege geebnet. Würde sich die Gewerkschaftsbewegung spalten, so hätten die Gelben ein vollständig offenes Feld vor sich, könnten kontrollos wieder ihre verderbliche Tätigkeit entfalten. Ebenso zweifellos scheint es, daß in dem Falle, das die tschechischen Gewerkschaften durch die kommunistische Wühlarbeit gespalten werden, d. h. wenn in ihnen die Kommunisten die Oberhand erhalten, auch die deutschen Gewerkschaften davon nicht verschont blieben, weil die Kommunisten natürlich unter dem Schlagwort der Vereinigung der deutschen und der tschechischen Gewerkschaften für ihre kommunistischen Organisationen Propaganda machen und so auch zweifellos eine Schädigung der Bewegung bewirken würden — wenn nicht direkt durch die Gewinnung von Mitgliedern für sich, so indirekt eben dadurch, daß sie den Gelben die Tore öffnen.

So haben auch die deutschen Gewerkschaften ein eminentes Interesse daran, daß der kommunistischen Propaganda in den tschechischen Gewerkschaften Einhalt geboten werde. Und da müssen uns schon die tschechischen Genossen gestatten, daß wir an sie ein Wort richten. Es kann nicht verschwiegen werden, daß die Politik der tschechischen Sozialdemokraten in starkem Maße mitschuldig ist an dem Einfluß, den die Kommunisten in den tschechischen Gewerkschaften gewinnen. Die Arbeitermassen sind begreiflicherweise von den Ergebnissen der tschechischen Koalitionspolitik, über die sich ja nicht einmal die Führer der tschechoslowakischen Sozialdemokratie im unklaren sind, wie die Resolution ihres Parteitages bezeugt, sehr wenig erbaut. Sie flüchten deshalb zu der Partei, die ihnen mehr den Klassenkampfstandpunkt zu wahren scheint und das ist mangels einer wirklich klassenkämpferischen starken sozialdemokratischen Partei die Partei der Kommunisten. Sie betreibt im großen ganzen eine Politik der Vernunft in diesem Staate, d. h. sie übt sich nicht mehr in Experimenten und hat infolgedessen als oppositionelle Partei einen verhältnismäßig leichten Stand. Diese Abneigung der Massen gegen die Koalitionspolitik, die nur auf Kosten der Arbeiterschaft geht, bewirkt die Abwanderung zur kommunistischen Partei — und sie bewirkt auch die Stärkung des Einflusses der Kommunisten in den Gewerkschaften. Wenn schon alle anderen Mahnungen den tschechischen Sozialdemokraten gegenüber nichts gefruchtet haben: zum mindestens in dieser Frage sollten sie es doch verstehen, daß es um die wichtigsten Interessen der Arbeiterschaft geht und daß sie durch ihr Verharren in der Regierungspolitik mit den im heftigsten Ansturm gegen die Arbeiterschaft befindlichen bürgerlichen Parteien der Arbeiterbewegung einen unermeßlichen Schaden zufügen. Das „Pravo Lidu" mit seiner zuweilen sehr engherzigen und nicht immer objektiven Schreibweise den Kommunisten gegenüber wird die den tschechischen Gewerkschaften drohende Gefahr nicht hemmen und nicht verkleinern. Das kann nur eine grundsätzlich andere politische Einstellung der Partei bewirken, die eine wirkliche Klassenkampfpartei des Proletariates sein muß. Erst dann wird es gelingen, der Demagogie der Kommunisten in den breiten Massen Einhalt zu gebieten und das letzte Bollwerk des proletarischen Klassenkampfes in diesem Staate, die Gewerkschaften, intakt zu erhalten.

Mordanschlag auf Harden.

Berlin, 3. Juli. (Wolff.) Gegen 8 Uhr abends wurde Maximilian Harden in der Nähe seiner Wohnung in der Villenkolonie Grunewald von zwei Männern überfallen und mit Totschlägern beackeitet. Harden trug fünf Kopfverletzungen davon und wurde bewußtlos in die Wohnung getragen. Ein vermutlicher Täter wurde verhaftet. (Harden, der bekannte Herausgeber der „Zukunft", gehört als Kriegsgegner und Jude zu den besigehaßten Männern Deutschlands. D. Red.)

Die Valutakatastrophe in Deutschland.

1 Dollar 438 Mark, 1 Tschechokrone 8 Mark 50 Pfennig.

Berlin, 3. Juli. (Eigenbericht.) An der Börse machen die ausländischen Zahlungsmittel eine neue stürmische Aufwärtsentwicklung. Der Dollar, der Samstag bereits auf 400 gestiegen war, sprang heute bis auf 438. Im gleichen Verhältnis gingen auch die anderen Devisen in die Höhe. So stand die tschechische Krone Samstag auf 716, heute steht sie auf 850. Eine neue ungeheure Verteurung aller Waren dürfte die sofortige Folge dieser Steigerung der Devisen sein. Nach französischen Meldungen soll die deutsche Regierung die Reparationskommission darum ersucht haben, die Einleitung geeigneter Maßnahmen gegen die neue Valutakatastrophe zu veröffentlichen, da sonst der finanzielle Zusammenbruch des Reichs unausbleiblich sei. Die jetzige Devisenhausse wird vor allem zurückgeführt auf die großen Kohlenkäufe der Industrie in England, da die deutsche Kohlenproduktion infolge der Ablieferung der Reparationskohle den Bedarf nicht deckt. Daneben scheint die Industrie zur Beschaffung von Rohstoffen größere Deckungskäufe an Devisen vorzunehmen. Die wichtigste Ursache für die Hausse der ausländischen Zahlungsmittel dürfte die mit der Ermordung Rathenaus zusammenhängende Verschlechterung der innerpolitischen Lage sein.

Die monarchistischen Bürgerlichen.

Berlin, 3. Juli. Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat den sozialistischen Antrag auf Entfernung der Hohenzollernbilder aus den Schulen, öffentlichen Anstalt usw. mit allen bürgerlichen Stimmen gegen die sozialistischen Stimmen abgelehnt.

Die Unruhen in Gleiwitz.

Paris, 2. Juli. Die Agence Havas veröffentlicht folgenden ihr aus Oppeln zugegangenen Bericht über die Ereignisse in Hindenburg: Eine französische Patrouille schritt ein, um die Deutschen zu verhindern, das Mobilar der abwesenden Polen auf die Straße zu schaffen. Die Deutschen zogen sich in den Park der Donnersmarckgrube zurück, wo die französische Patrouille von weiteren deutschen Truppen, die zur Unterstützung ihrer Landsleute gekommen waren, mit Gewehr- und Maschinengewehrfeuer empfangen wurde. Die Patrouille suchte in einem Gebäude Zuflucht. Eine französische Abteilung, die ihr zu Hilfe eilte, wurde von den Deutschen beschossen, wobei sie einen Toten und drei Verwundete einbüßte. Das Militärkommando, von den Vorfällen verständigt, entsandte schleunigst eine Infanterie- und Maschinengewehrabteilung, um die Franzosen zu befreien. Auf Seiten der Deutschen sollen 11 Tote deren Identität sichergestellt wurde, und einige Verwundete zu verzeichnen sein. Mehrere der Toten hielten noch den Revolver in der Hand. (Die Zahl der Toten und Verwundeten auf beiden Seiten läßt vermuten, daß der Bericht parteiisch gefärbt ist. D. Red.)

Der Prozeß Hermes gegen die „Freiheit" vertagt.

Berlin, 3. Juli. (Eigenbericht.) Der Prozeß des Ministers Hermes gegen die „Freiheit", der vor einem Berliner Landgericht begonnen wurde, wurde auf Antrag des Generalstaatsanwaltes vertagt, da zunächst die Entscheidung des Staatsgerichtshofes darüber abgewartet werden soll, ob dieser Prozeß vor seinem Forum oder vor einem ordentlichen Gericht entschieden werden soll. Hermes hatte durch seinen Vertreter, den Rechtsanwalt Ahlsberg, bestreiten lassen, daß das Kabinett mit seiner Billigung den Reichsjustizminister veranlaßt habe, den Prozeß nicht dem Staatsgerichtshof zu überweisen.

Inland.

Die Schuldrosselungen, gegen die alle deutschen Abgeordneten ununterbrochen Sturm laufen, gehen ruhig ihren Weg weiter. Die 1288 aufgelassenen Schulklassen, deren Zahl Minister Srobar vergebens in Abrede zu stellen suchte, lassen den Ehrgeiz des böhmischen Landesschulrates nicht ruhen, er hat ein neues Objekt der Drosselungen, die provisorischen „Nebenklassen" (Parallelklassen entdeckt. In einem Runderlaß des stellvertretenden Vorsitzenden des Prager Landesschulrates, Dr. Politzer, an die Vorsitzenden der Bezirksschulausschüsse wird die Vorlage eines Verzeichnisses der Schüler und Klassen aller Volks- und Bürgerschulen, spätestens vierzehn Tage nach Abschluß der Einschreibungen, kategorisch verlangt. Nachdem zuerst in diesem Erlaß darüber Klage geführt wird, daß einige Nebenklassen im letzten Schuljahr belassen worden sind, trotzdem die zugehörige definitive Klasse nicht volle achtzig Schüler zählte, wird „aus Ersparungsrücksichten" befohlen, „daß jede provisorische Nebenklasse gleich mit Beginn des Schuljahres eingestellt wird, sobald die Zahl der Kinder in der zugehörigen Klasse bei der Einschreibung die Zahl 75 nicht erreicht, und deshalb mache ich den Herrn Vorsitzenden und den Herrn Bezirksschulinspektor für die genaue Durchführung dies Auftrages persönlich verantwortlich. Ich ersuche, daß jede solche mit Beginn des Schuljahres 22—23 aufgehobene vorläufige Nebenklasse in der Anmerkungsspalte des Ausweises 2 durch den Bezirksschulausschuß mit den Worten: „Die Nebenklasse wurde vom 1. . . . 192 . . eingestellt, weil sie durch die Zahl der Kinder nicht begründet ist", bezeichnet werde". Wie die Unterrichtserfolge aussehen müssen, wenn in eine Klasse 75 Schüler eingepfercht werden, kann sich jeder Einsichtige ausmalen, diese Mindestzahl für die Einrichtung von Parallelklassen ist ein Verbrechen an der Volksbildung und an der Zukunft unserer Jugend. Dies muß man wohl im Auge behalten, um den Zynismus zu ermessen, der aus der späteren Stelle desselben Erlasses spricht: „Schließlich bemerke ich, daß aus dem Ausweis über die Verteilung der Schüler in die Klassen und Abteilungen, welcher in diesem Schuljahre hierher vorgelegt wurde, zu ersehen ist, daß an einzelnen Schulen der Fortschritt der Schüler nicht regelmäßig war und daß in einzelnen Klassen eine auffallend große Zahl von Schülern sitzen geblieben war. Deshalb ersuche ich, daß der Bezirksschulinspektor bei seinen Inspektionen emsig auf einen gehörigen Erfolg und regelmäßigen Fortschritt der Schulkinder (§ 8 S. u. U. O.) sehe". Die Folgen der verbrecherischen Massenerziehung zeigen sich also, der Herr Vorsitzende des Landesschulates sieht sie, aber er verfügt nicht das, was jeder verantwortungsvolle Schulmann in diesem Falle verfügen müßte, nämlich die Einstellung der Drosselungen, sondern er macht im Gegenteil für die strikte Durchführung der Klassenbeseitigungen die Bezirksschulausschuß-Vorsitzenden und Inspektoren persönlich haftbar und fordert in einem Atem eine Hebung der Unterrichtserfolge!! Wie die Lehrer das machen sollen, bewahrt Herr Dr. Politzer als Geheimnis in seinem Busen, bei ihm müssen eben auch Klassen mit 75 Schülern Musterklassen sein! So wütet eine Behörde gegen das ihr anvertraute Bildungsgut und streut zugleich durch pädagogische Phrasen, welche nur so von Besorgnis triefen, der Oeffentlichkeit Sand in die Augen!

Deutschnationale Gemeindevertreter als Ausbeuter. Die Gemeinde Kuttenplan bei Marienbad, deren Gemeindevertretung in der Mehrheit deutschnational ist, besitzt eine Ziegelei. Vor einiger Zeit wurde nun der Beschluß gefaßt, die Löhne der Arbeiter in dieser Ziegelei um zehn Prozent herabzusetzen, weil es die Unternehmerorganisation, der die Gemeinde angehört, so verlangt. Trotzdem die Ziegelei aktiv ist, der Reingewinn betrug 1919 60.000 Kronen, 1920 280.000 Kronen und 1921 220.000 Kronen, bestand die deutschnationale Gemeindevertretung aus prinzipiellen Gründen auf dem Lohnabbau. Die Ziegeleiarbeiter von Kuttenplan ließen sich das natürlich nicht gefallen und traten in Streik. Die Gemeinde ließ sich nun in Unterhandlungen ein und schlug einen Lohnabbau von 2 Prozent vor, auf welchem die Unternehmerorganisation „um das Prinzip zu wahren" unter allen Umständen beharren zu müssen glaubte. Aber die Arbeiterschaft ging auch auf diesen Vorschlag nicht ein und so endigte der Kampf mit einem vollständigen Siege der Arbeiterschaft. Die Deutschnationalen kennen sonst kein Prinzip, aber wo es sich um den

Kampf um Arbeiter und um Lohnabbau handelt, da werden sie mit einemmale prinzipiell.

Tschechische Versammlung in Reichenberg. Aus Reichenberg und Umgebung versammelten sich die Angehörigen der tschechischen nationaldemokratischen, sozialdemokratischen und nationalsozialen Partei, um gegen die deutschen Klagen über die Bedrückung ihres Schulwesens zu protestieren, die in einer Resolution als Propaganda gegen die Existenz des Staates bezeichnet wurden. Weiters wird in der Resolution von der Regierung der Schutz und die Pflege des tschechischen Schulwesens im „verdeutschten" nordböhmischen Gebiet gefordert. Es wird weiterhin verlangt, daß die leitenden Beamtenstellen mit besonders „verläßlichen" Beamten besetzt werden, die von der Regierung finanziell gehörig sicherzustellen sind. Schließlich wird mit dem größten Nachdruck die Verstaatlichung der Reichenberger Polizei und die Aufhebung des Reichenberger Trutzmagistrates verlangt. Die Versammlung wurde mit Absingung des „Hej Slovane" geschlossen. Die tschechischen Sozialdemokraten hatten an der Versammlung hervorragenden Anteil, ein Zeichen, wie sehr sie im nationalistischen Fahrwasser — ertrinken.

Die Verteidiger des Versailler Friedens. Während sich die Demokratie der ganzen Welt immer mehr vom Versailler Frieden abwendet, immer mehr Stimmen laut werden, die diesen Gewaltfriedensschluß als das Unglück Europas bezeichnen — erst in den allerletzten Tagen wurde ein diesbezüglicher Beschluß der englischen Arbeiterpartei gefaßt — ist dem Versailler Frieden ein eifriger Verteidiger erstanden — in der tschechischen Sozialdemokratie. Das gestrige „Pravo Lidu" rühmt diesem Friedensschluß in einer Polemik gegen die Kommunisten nach, daß durch ihn der tschechoslowakische Staat anerkannt werde und daß jeder, der den Versailler Vertrag ändern will, die Existenz dieses Staates bedrohe. Der Versailler Frieden scheint für die tschechischen Sozialdemokraten das zu sein, was für die Pfaffen die Bibel: es darf auch nicht ein Buchstabe daran geändert werden. Wenn jemand die Marxsche Lehre angreifen würde, welche die Grundlage der sozialistischen Bewegung in allen Ländern ist, würde das „Pravo Lidu" nicht so aufschreien, als wenn jemand an dem Versailler Frieden einen Schönheitsfehler entdeckt. Zum Schluß leistet sich das Blatt die köstliche Erkenntnis, daß der Versailler Frieden nur durch einen neuen Krieg geändert werden könne. Danach denken also die englischen und französischen Arbeiter, welche den Friedensvertrag ändern wollen — an einen neuen Krieg! Mit derartigen Weisheiten „belehrt" das Zentralorgan der tschechischen Sozialdemokratie die tschechische Arbeiterschaft. Die tschechischen Sozialdemokraten sind damit zu den treuesten Verbündeten des französischen Imperialismus, der den politischen und sozialen Fortschritt der ganzen Welt bedroht, herabgesunken.

Abgeordneter Dr. Schollich ersucht uns, die in unserer Folge vom 28. Juni, unter dem Titel Abgeordnetenhaus veröffentlichte Mitteilung: „Und in diesen Lärm gesellten sich zu den Schwarzen die Deutschnationalen, vornehmlich die Abgeordneten Dr. Schollich, Brunar und Radda, welche gegen unsere Genossen Stellung nahmen und die schwarze Reaktion stärken halfen.", dahin richtig zu stellen, daß er damals im Saale nicht anwesend war. Es dürfte sich um eine Personenverwechslung unseres Gewährsmannes handeln und wir nehmen keinen Anstand, die Mitteilung richtigzustellen.

Die Tragödie des irischen Volkes.

Wieder rasen durch die Gassen Dublins und Belfasts, durch Ulster und Cork Mord und Totschlag, befehden einander die alteingesessenen Bewohner derselben Landschaft bis aufs Messer. Es ist das alte Lied, aber ein neuer Ton braust darinnen, der Bruderkrieg hat dadurch an Schärfe und Widersinn zugenommen, daß nun nicht mehr Katholiken gegen Protestanten, Männer der Landwirtschaft gegen solche der Industrie kämpfen, sondern daß irisch-republikanisch gesinnte Leute in Wut und Leidenschaft wider einander streiten. Die Anhänger Sinn-Feins, die eben noch Schulter an Schulter standen und deren unerschütterlicher Zielwille die englischen Machthaber dazu vermochte, Schritt um Schritt zurückzuweichen und sich schließlich der Erkenntnis zu erschließen, daß nur ein Vertrag dem irischen Freiheitsdrang gerecht werden könne, — die im Freiheitskampf eben noch verbündeten Sinnfeier also tragen nunmehr den zwischen ihnen entbrannten Meinungsstreit mit den Waffen aus.

Dieser Streit gilt dem Vertrage mit England. Ein Teil der Republikaner, die Realpolitiker, wollen die Bande mit Großbritannien nicht völlig zerschneiden und sind vielmehr der Ueberzeugung, daß eine gewisse Verbindung mit der Weltmacht England — und mehr als eine lockere Verbindung bedeutet der Vertrag nicht — der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes nütze. Die große Mehrzahl der Bevölkerung scheint diese ihre Ansicht zu teilen, denn bei den Wahlen ins irische Parlament gewannen die Anhänger des Friedensvertrages — also die gemäßigten Sinnfeiner Collins (58), Arbeiterpartei (17) und Unabhängige (17) — insgesamt 92 Mandate mit 471.000 Wählern, die Radikalen um De Valera hingegen mußten sich mit 36 Parlamentssitzen und 114.000 Wählern bescheiden.

Dieses Wahlergebnis stürzte, wenn auch die Anhänger des Friedensvertrages sonst stark in den Anschauungen voneinander abweichen, die zwischen Collin und de Valera getroffenen Vereinbarungen über die Regierungsbildung über den Haufen, die Radikalen mußten daran verzweifeln, auf demokratisch-parlamentarischem Wege ihre Wünsche durchzusetzen, und so griffen sie zu dem letzten Mittel, zu den Waffen. Es ist eben ein Naturgesetz, daß eine Kugel auf der schiefen Ebene, zum Rollen gebracht, bis ans Ende rollen muß, und so kennt auch der nationalistische Gedanke in Irland keine Hemmungen, weder die Erwägung, daß ein fortgesetzter Bürgerkrieg den Engländern wieder Oberwasser geben kann, noch die Rücksicht auf das in Kämpfen und Not zerfleischte Land vermag ihn aufzuhalten. Die provisorische Regierung Griffith-Collin anderseits, die ihre Autorität im Lande und England gegenüber zu wahren das Bedürfnis hat, versuchte ihre gewaltsam angegriffene Stellung durch ihre Truppen zu halten und konnte sich bei ihren militärischen Operationen darauf berufen, daß sie sich das den Engländern Abgetrotzte nicht durch Taten des Fanatismus wolle wieder aus den Händen reißen lassen.

Dieser vielleicht nicht revolutionäre, aber korrekte Standpunkt wurde nun in den letzten Wochen durch Zutun der Briten ins Ungünstige verschoben. Man erinnert sich des Attentates, dem der Feldmarschall Sir Henry Wilson zum Opfer fiel. Er war ein hitziger Verfechter der Ulsterinteressen, die Mörder hingegen Iren. Der politische Charakter des Attentates warf die bisherige englische Stimmung den Iren gegenüber völlig um, ein großer Teil der englischen Politiker sagte sich vom Vertragsgedanken los und verlangte die Rückkehr zum alten Mittel, der Gewalt, und der Kolonialminister Churchill stieß Drohungen aus, die wie ein Ultimatum an die Regierung Griffith-Collin klangen: entweder schaffe die Regierung Ordnung, oder mit dem Vertrage sei es vorbei. Der Dienst, den Churchill den Gemäßigten damit erwies, war ein möglichst schlechter. Denn seither wird jede ihrer Kampfhandlungen als Henkersdienst im Auftrage Londons ausgeschrieen und die Sorge, als Büttel Englands zu wirken, lähmt den Arm der provisorischen Regierung. Der Radikalismus der de Valeraleute umgekehrt erhielt neue Nahrung und neues Agitationsmaterial, die Verbissenheit wuchs rechts durch die innere Unsicherheit, links durch den neuen Beweis, den man für die Richtigkeit seines Kampfwillens zu haben glaubt.

Der Ausgang der Kämpfe ist außer Zweifel, da England, wenn sich auch die provisorische Regierung seine militärische Hilfe entschieden verbeten hat, kaum lange ruhig zuschauen dürfte; und auch, wenn Griffith-Collin der Lage allein Herr werden sollte, liegt Irlands künftiges Schicksal im Dunkel, denn die Verfassung, welche zwischen den Engländern und Iren vereinbart wurde, stößt auch auf den Widerstand vieler Parteien, die sonst einem Friedensschluß günstig gegenüberstehen. Die Arbeiterparteiler beispielsweise stimmen dem Referendum und dem Volksentscheid mit Freuden zu, lehnen aber den Vorschlag eines, seis auch gewählten Oberhauses entschieden ab. Anderseits dürfte der Gedanke einer Nationalisierung der Naturalschätze des Landes, also namentlich der Bergwerke, auf den Widerstand der Bourgeoisie stoßen und der Bestimmung, daß jedes Gesetz darauf überprüft werden muß, ob es zum Vertrag mit England stimme, dürften viele mit Abneigung gegenüberstehen. Sonst sei aus der Verfassung der Absatz über die Regierungsbildung hervorgehoben: der Ministerpräsident wird vom König ernannt; er und drei andere Minister dürfen Parlamentarier sein, die acht übrigen hingegen nicht; alle Minister werden vom Parlament gewählt. Die Schwierigkeiten, die der Regierung in Sachen der Verfassung warten, haben vorläufig in einer Verschiebung der Parlamentseröffnung bis zum 15. Juli ihren Ausdruck gefunden. Ob es nach diesem Termin zu einer Tagung kommen wird, hängt von der weiteren Entwicklung der militärischen Kämpfe ab. Jedenfalls aber trägt der radikale Nationalismus die Schuld daran, daß die Tragödie des irischen Volkes zu keinem Abschluß kommen will und daß dort die Waffen alles zu verderben drohen, wo eine vor Monaten unter günstigen Vorzeichen einsetzende Entwicklung über kurz oder lang eine glückliche Lösung der irischen Wirren zu bringen versprochen hatte.

Ausland.

Die Streikbewegung in Amerika.

Die Deflationsbestrebungen der amerikanischen Regierung haben in den Vereinigten Staaten zu einer gewaltigen Arbeiterbewegung geführt. Die Arbeitslosigkeit erleichterte die Bemühungen der Arbeitgeber, die Löhne herabzusetzen. Wo es sich um schwache Arbeiterverbände handelte, mußten diese nachgeben. Aber jetzt ist man auf zwei Riesenorganisationen gestoßen, die sich nicht beugen wollen. Die Kohlenarbeiter streiken im ganzen Lande nun schon seit drei Monaten, und ein Streik der Arbeiter in den Eisenbahnwerkstätten, der bei längerer Dauer zu einer empfindlichen Störung des gesamten Eisenbahnbetriebes führen muß, steht bevor. In diesem Konflikt geht es hart auf hart. Die Arbeitgeber sagen: „Die Löhne müssen herunter, sonst können wir keine Preispolitik treiben." Die Arbeitnehmer aber erklären, daß sie schon jetzt nicht genügend bezahlt seien und die Preise der lebensnotwendigen Artikel noch zu hoch stünden, um eine Lohnherabsetzung erträglich zu machen. An das Nachgeben denkt keiner, und die Regierung, deren Sympathien zwar den Arbeitgebern gehören, die es indessen mit keiner Partei verderben möchte, scheut sich vor der Verantwortung des Eingreifens. Schließlich wird sie doch einmal eingreifen müssen. Es wird gut sein, wenn sie auf diese Weise aus der von ihr in allen wichtigen Fragen bisher gezeigten Passivität gedrängt wird. Die Europäer wollen keine Vernunft annehmen, d. h. wollen sich keine gegenseitige Rücksicht erweisen. „Laßt Europa in seiner eigenen Sauce kochen, bis es gar ist," sagt deshalb der Amerikaner. Zur Zeit wendet die amerikanische Regierung dieses Wort auf ihre eigenen Industrien an. Das wird sie auf die Dauer nicht tun können. Vielleicht wird sie später auch in bezug auf Europa einsehen, daß diejenigen, die die Macht haben, nicht tatenlos zusehen dürfen, wenn sich Besessene erdrosseln und dabei blühende Gärten zertreten.

* * *

Chicago, 1. Juli. Einem allgemeinen Streikaufrufe von sechs Verbänden der Eisenbahnwerkstättenarbeiter haben bisher etwa 50.000 Arbeiter der Eisenbahnen der New England-Staaten bis zu den westlichen transkontinentalen Linien Folge geleistet. Eine Störung des Bahnverkehres ist bisher noch nicht eingetreten, da das Lokomotiv- und Zugspersonal vom Streike nicht berührt wird. — Vor einer Versammlung von Grubenbesitzern und Arbeitern hielt Präsident Harding eine Ansprache: Er sagte, es liege im Interesse der Arbeitgeber und des Publikums, daß erstere zu einer Einigung mit den Arbeitern kommen. Wenn die Parteien den gegenwärtigen Streik allein nicht beilegen könnten, stehe die Regierung mit ihrer ganzen Hilfe zur Verfügung.

Ein Moskauer Brief Vandervelde's.

Im „Peuple" ist folgender Brief Vandervelde's aus Moskau vom 2. Juni abgedruckt:

Fast täglich besuchen wir das Gefängnis, ein altes dunkelblutrotes Gebäude, in dem die Sozialrevolutionäre untergebracht sind.

An diesem Ort wird sonst wenig gesprochen und trotzdem ist es der einzige, wo ich Leute sehe, die so frei, lustig, ohne Augenblinzeln reden, ohne sich dafür zu interessieren, ob sie vom „Auge Moskau" beobachtet, ob sie vom Ohre Tschitscherins belauscht werden. Der Tod droht ihnen. Sie haben die Aussicht einer langen Gefängnishaft vor sich und trotzdem sind sie lustig und lachen wie Leute, die für eine ihnen teure Sache kämpfen. Die Girondisten in ihren Gefängnissen müssen ihnen geglichen haben. Gerade an die Gironde wird man erinnert, wenn man versucht, die Stellung der Sozialrevolutionäre in der russischen Revolution zu bestimmen.

Dieser Partei, die in ihren Reihen mehr Bauern als Arbeiter zählt, gehört die Mehrzahl der Intelligenz an.

Mit wenigen Ausnahmen waren die Angeklagten Mitglieder der gesetzgebenden Versammlung, die schon während ihrer ersten Sitzung von den Bolschewisten mit Waffengewalt auseinandergetrieben wurde. Und es sind das dieselben Bolschewisten, die jetzt den Sozialrevolutionären vorwerfen, daß diese die Waffen gegen sie erhoben haben!

Man kann natürlich nicht von allen Angeklagten erzählen.

Auf dem Hintergrunde des allgemeinen Heldentums wie auf dem Goldgrunde der alten Gemälde heben sich einige, besonders strahlende Gestalten hervor: Altowsky, der vorzüglich französisch spricht und mir den Dolmetscher ersetzt, Donskoj mit seinem stolzen Kopf, der an Heinrich IV. erinnert, der Rechtsanwalt Heidelmann, Lichatsch, der in der Regierung von Archangelsk Arbeits- und Volksbildungsminister war, Rakow, der Finanzminister der gewesenen Saratower Regierung war, und schließlich Eugenie Rattner, Timofejew und Hoz.

Eugenie Rattner ist die eine der beiden Frauen in diesem Prozeß. Man muß diese Jugend bedauern, die ihr Leben in den Gefängnismauern verbracht, erst unter dem Zaren, jetzt unter Lenin. Aber trotzdem, wie wunderbar ist es, unter welchen Umständen diese Hartnäckigkeit, verbunden mit der lebensfreudigen Grazie zu sehen, diese Lebensfreude, welche in den schwarzen Augen blitzt und diesen innigen Glauben an die Zukunft des Werkes, dem ihr Leben geweiht ist. Wenn ich sie sehe, denke ich an jene Hugenottin, die während der Religionskriege auf der Wand ihrer Gefängniszelle mit einem Nagel das eine Wort „Widersteht" einritzte.

Timofejeff ist ein früheres Mitglied der sibirischen Regierung. Er ist ein Mann, dessen Alter man schwer bestimmen kann, hager, nervös, mit Augen, die wie Kohlen funkeln, mit vorzeitig ergrautem Haar, der in seinem schwarzseidenem, mit einer blauen Schärpe umgürteten Kittel elegant ist wie ein Florentiner. Vor dem Kriege war er zu Zwangsarbeit in Sibirien verurteilt und befand sich in strenger Isolierhaft in Irkutsk. Dort genoß er bei den Gefangenen und bei der Verwaltung einen solchen Einfluß, daß man ihn den „Gefängnisvorsteher" nannte.

Ihm ist im gegenwärtigen Prozeß die Erläuterung der Fragen der äußeren Politik übertragen. Uns, seinen Verteidigern, ist die Aufgabe auferlegt, ihn zu verteidigen, ihn zu retten, denn er selbst denkt nur an das eine: an den Angriff, um diesen Prozeß gegen ihn und seine Kameraden auszunutzen, um ihn in einen Prozeß gegen seine Feinde zu verwandeln.

Wenn Timofejeff unter den Angeklagten sozusagen als der Minister des Auswärtigen erscheint, so ist Hoz der Leiter der allgemeinen Politik. Ich traf ihn öfters in Petersburg im Jahre 1917. Er war damals der Gehilfe des Vorsitzenden des Arbeiterparlamentes, des allrussischen Rätekongresses, während unser alter Genosse Tscheidse sein Vorsitzender war. Hoz ist es gerade, der während unserer Beratungen im Gefängnis im Namen aller seiner Kameraden spricht. Die Gabe, eine Sache klar darzustellen, ist ihm im hohen Maße eigen. In seinem Munde wird die deutsche Sprache klar und genau. Klein, mit raschen Bewegungen erscheint er als eine Stahlklinge mit ihrer Biegsamkeit, ihrem Widerstand und ihrer Schärfe. Er wurde in einer wohlhabenden Familie geboren und das Leben hätte für ihn leicht sein können. Trotzdem hat er, mit Ausnahme weniger Monate 1917, fast sein ganzes Leben in der Verbannung und in Gefängnissen verbracht.

So sehen diese Leute aus, die man zu richten sich anschickt und die des Mordes oder des Mordversuches angeklagt werden. Lediglich auf Grund von Zeugenaussagen zweier Schufte, die gestanden haben, dieselben Verbrechen begangen zu haben, die sie anderen zuschreiben.

Hoz und seine Freunde sind stolz darauf, daß sie Gewalt durch Gewalt bekämpft haben doch sie bestreiten ganz energisch, daß sie angeblich die Mörder unterstützt und beraten haben. Daraus besteht der ganze Prozeß. Ich weiß nicht, was der revolutionäre Gerichtshof beschließen wird, aber ich weiß schon im voraus, wie das Urteil des internationalen Proletariates sein wird, wenn die Anklageschrift in Europa bekannt werden wird.

Tages-Neuigkeiten.

Militarismus.

Wenn im Frieden die Augustsonne auf die staubigen Straßen und Plätze niederbrannte, dann erwachte an dem Tage, an dem vor vielen Jahren „Seine Majestät" das „Licht der Welt" erblickt hatte, jede Garnisonsstadt aus dem sommerlichen Schlafe. Da zogen in frühen Morgenstunden die Regimenter aus den Kasernen, die Häuserfronten der geschmückten Straßen erdröhnten vom Marschschritt der kriegsmäßig ausgerüsteten Bataillone, Musikkapellen schmetterten begeisterte Märsche und Lieder in die Luft, die gesättigt war von der Freudestimmung der staatstreuen Bürger. Und derjenige, der damals als Antimilitarist dieses Paradespiel des Militarismus lächerlich oder verwerflich fand, durfte an einem solchen Tage nicht aufmucken, denn die schwarzgelben Patrioten verstanden da keinen Spaß, und erklärten jeden solchen Menschen gleich als „Verräter" und „Majestätsbeleidiger".

Dann kam der Weltkrieg. Die ersten Jahre der Begeisterung brachten noch „würdige Feiern" der militärischen und dynastischen Gedenktage. Dann bröckelte langsam die Begeisterung ab, die bisher unentwegtesten Patrioten begannen aus ihrem Rausch zu erwachen. Als der Zusammenbruch kam, da beseelte ein Gedanke die vielen Millionen der von Habsburgerherrschaft und Militarismus befreiten Völker: „Nie wieder Krieg! Wir brauchen keine Soldaten und keine Mordwaffen!"

Doch die Zeiten ändern sich und mit ihnen die Anschauungen der Menschen. Aus den Vorkämpfern für die Freiheit eines seit Jahrhunderten von den Habsburgern unterdrückten Volkes wurden begeisterte Verehrer und Verteidiger dessen, was sie stets bekämpft: des Militarismus.

So wiederholt sich jetzt das Schauspiel, das jeder demokratisch fühlende Mensch im alten Oesterreich bekämpft hatte, in einer demokratischen Republik: Mit klingendem Spiele ziehen aus allen Kasernen die Militärformationen zur Truppenparade. Die Mordwaffen blitzen in der Julisonne, von bunten Farben leuchtet es und von unzähligen Dekorationen auf der Heldenbrust der Offiziere und Soldaten. Auf den Gesichtern der am Rand der Gehsteige sich drängenden Patrioten glänzt die Freude und der Stolz einer durch ein prächtiges Schauspiel befangener Menge, kurz, alles ist beim alten geblieben, nur die Firmentafel des Unternehmens wurde geändert und mit neuer Nationalfarbe bestrichen.

Auf dem Hauptplatze gibt es eine Ansprache mit dem dazugehörigen „Hoch" auf irgendetwas, dann Musik und zum Schlusse: Kompagnie marsch! Reihen rechts schaut! Alles natürlich den geänderten Verhältnissen entsprechend, in der derzigen „Staatssprache". Weh dem, der eine Bewegung schlecht ausführt! Denn der Militarismus verlangt Exaktheit und Kadavergehorsam.

Damit jedoch die Demokratie auch herausgestrichen wird, veranstaltet am Nachmittag das Militärkommando ein Sportfest mit einem „öffentlichen Auftreten" der Garnison und einer Vorführung von kriegsmäßigen Gefechten. Zuerst gibt es Schauflüge, dann Freiübungen, Gewehrübungen (früher nannte man es „Gewehrklopfen"), Laufen, Springen usw. Als Krönung des Ganzen wird dem „friedlichen" Bürger gezeigt, wie eigentlich der Krieg in Wirklichkeit aussieht. Es fahren Batterien auf, Staubwolken hüllen Mann und Roß in einen grauen Schleier ein, eine Maschinengewehrkolonne „bezieht Stellungen" und schon geht es: Tack, tack, ... tack, tack, tack . . . . Die Offiziere sind begeistert, die national aufgepulverte Menge bricht in Beifallsstürme aus — und mir kommt es vor, als hörte ich durch den ganzen Wirbel hindurch die Stimme jenes Generals, der in meiner Vaterstadt am 18. August am Schlusse der Rede des Obersten immer mit seiner heldenhaften Stimme ausrief: „Seine Majestät, unser allergnädigster Kaiser lebe hoch, hoch, hoch!" . . .

Die Menschen strömen aus dem Stadion, wo das Militär„sportfest" stattfand, nach Hause. Am Wege erklären sie sich das und jenes. Ein kleiner Junge frägt seine Mutter: „Mutti, auf wen haben die Soldaten geschossen?" „Auf niemanden"; antwortet die Gefragte, „weißt du, sie haben nur gespielt."

„Gespielt" haben sie allerdings nur, aber Ihr im Wahn befangenen Menschen vergesset, daß Ihr durch Euere Freude ein Ungeheuer hätschelt und großzüchtet, das euch selbst einmal alle zu verschlingen droht.

Die staatsgetreuen Blätter bringen am nächsten Tage spaltenlange Berichte, wie ehedem in jedem Jahre, da man den 19. August schrieb. . . .

Eine Erinnerung an die Grausamkeiten des Weltkriegs. Das Jugoslawische Preßbüro bringt eine Meldung aus Belgrad, in der es unter anderem heißt: In Surdulitze, einem Städtchen zwischen der bulgarischen Grenze und Branja, wird der Grundstein zu einer Kapelle und einem Beinhause zur Erinnerung an die Opfer der bulgarischen Grausamkeit im Weltkriege gelegt. Die etwa 4000 Einwohner zählende Bevölkerung von Surdulitze wurde von den Bulgaren vollständig massakriert. Die Grausamkeiten begannen am 5. Dezember, als die Bulgaren eine Reihe Zivilisten und Priester ins Rathaus einluden. Einige von ihnen entflohen, der Rest wurde ermordet. Die Hinrichtungen wurden von einer besonderen Kommission vollzogen, an deren Spitze der Leutnant Stojan Jurukov stand. Diese Kommission richtete einige hundert friedliebender Bürger von Prokoplje und Kurtschumlije hin. Der größere Teil wurde nicht begraben. Die Gebeine der Opfer waren in der Umgebung verstreut. Im Jänner 1917 wurde die Stadt wieder von der bulgarischen Armee besetzt und der Polizeichef Najdan Konstantinov nötigte den Rest der Bevölkerung, sich schriftlich für Bulgarien zu erklären. Jede Person, bei der ein serbisches Buch gefunden wurde, wurde erschossen. Als die Kommission mit dem Blute der Opfer gesättigt war, forderte der Stab der bulgarischen Armee, in die Gegend Komitatschis auszusenden. Aus Skoplje traf dann das Haupt der Komitatschis Trajko Popow mit seiner Bande ein. Die von den Komitatschis verübten Grausamkeiten waren unbeschreiblich. Die Opfer wurden hinter der Stadt von den Bajonetten der Komitatschis niedergestochen." — Ob diese „Erinnerung" wahr oder übertrieben ist, müssen wir dahingestellt lassen. Wir wünschen nur sehnlichst, daß solche Reminiszenzen nicht etwa dazu benützt werden, um neue Feindschaft zwischen den Nationen zu säen, sondern, daß sie dazu beitragen, in allen Völkern den Haß gegen den Krieg zu vertiefen.

Die großen „Deutschen", die nicht deutsch können. Wer ist der größte „Deutsche"? Ginge es nach den anderen Patentdeutschen, so gewiß Ludendorff. Wer daran noch zweifelte, wird jetzt endgültig durch Ludendorffs Verbindung mit dem Rathenaumörder Günther überzeugt. Wo etwas Großes sich vorbereitet, ist, wie sich nun wieder zeigt, der Herr Generalquartiermeister Ludendorff irgendwie mit dabei: Der Student Günther hat als Obmann der deutschnationalen Jugendorganisation eine schwarz-weiß-rote Fahnenweihe veranstaltet und sich bei den diversen völkischen Machern, die er auch sonst dank seiner „führenden politischen Tätigkeit" kannte, allerlei Fahnensprüchel bestellt. Helfferich, Jagow, Graf Westarp und Ludendorff lieferten jeder einen Vers, General Ludendorff den folgenden: „Diese Flagge wehte über Helden. Deutsche Jugend, werde solche!" Der Gebrauch des Wortes „solche" in solcher Stellung und solcher stilistischer Absicht blieb dem alldeutschen Herrgott Ludendorff vorbehalten, der sich auch hierin als Führer seiner Gesinnungsgenossen erweist: wie „solche" kann er nicht deutsch, und wenn die intime Kenntnis der deutschen Sprache ein Merkmal der wirklichen Vertrautheit mit dem deutschen Geiste ist, so ist dem General Ludendorff auch der deutsche Geist fremd geblieben.

Lenins Erkrankung und der „Venkov". Es wird wohl noch erinnerlich sein, mit welcher Befriedigung und reklamhafter Aufmachung die bürgerlichen Blätter seinerzeit die Nachricht von der Erkrankung Lenins brachten. Denn diesem Soldknechte des Kapitalismus wäre nichts gelegener gekommen, als wenn das internationale Proletariat einen ihrer derzeit besten Köpfe verloren hätte. Lenin jedoch erholte sich wieder und alle Nachrichten, die die bürgerliche Presse über Ausbruch von Paralyse verzeichnet hatte, erweisen sich also Sensationslügen. Es blieb den bürgerlichen Smoks nichts anderes übrig, als das zu melden, was der behandelnde Arzt Lenins, Professor Klemperer, über den Kranken berichtete. Professor Klemperer weist nämlich jeden Gedanken an Paralyse bei Lenin zurück, da er sich durch die Wassermannsche Reaktion habe überzeugen können, daß im Blute Lenins keine Spuren von Lues und ihren Folgekrankheiten enthalten seien. Lenin leide an den Folgen der Ueberarbeitung in den letzten Jahren, da er trotz seiner 50 Jahre täglich 16 Stunden gearbeitet habe. Lenin könne vollständig gesund werden, wenn er sich etwa vier Monate vollkommen von der Arbeit zurückziehe. Dieser Bericht, der dem russischen Proletariat wieder Hoffnung gibt, daß ihm einer seiner gewaltigsten Führer erhalten bleibt, geht natürlich dem „Venkov" gegen die Rechnung. Er knüpft daher folgende hämische Bemerkung an: „Die hoch interessanten Aussagen Professor Klemperer über den Gesundheitszustand Lenins sind diktiert von der ärztlichen Ethik, die es dem Arzte verbietet, über das wahre Befinden des Patienten zu berichten. Aber aus der ganzen Diagnose Professor Klemperers wird es klar, daß es mit Lenin zu Ende geht (!) was noch besonders die Schlußphrase Professor Klemperers bestätigt, in der er sagt, daß Lenin, für alles empfänglich sei, was um ihn vorgehe". — Die Herren vom „Venkov" (es könnte genau so gut ein anderes bürgerliches Blatt sein) scheinen selbst vor dem kranken Lenin einen höllischen Respekt zu besitzen, denn sonst würden sie nicht durch tendenziöse Meldungen ihre Leser darüber hinwegzutäuschen versuchen, daß Lenins Kraft noch ungebrochen ist und daß er nach einer Ruhepause im politischen Konzert der Welt wieder nachdrücklich mittun wird.

Šmerals Zeugenschaft in Moskau.

Der Kommunismus der tschechischen Legionäre.

Wien, 3. Juli. Die hiesige „Rosta" meldet aus Moskau unter dem 30. v. M. zum Prozeß der Sozialrevolutionäre: Die Sitzung vom 30. Juni begann mit der Aussage des Zeugen Dr. Šmeral, Mitgliedes der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei. Der Zeuge erklärt, daß die tschechischen Legionäre in Rußland einerseits durch Agenten der Entente, unter deren Einfluß der tschechoslowakische Nationalrat stand, bearbeitet wurden, andererseits durch die Sozialrevolutionäre, welche die Legionäre davon zu überzeugen suchten, daß der Kampf gegen die Sowjetmacht zugleich auch ein Kampf für den Sozialismus und die Unabhängigkeit der Tschechoslowakei sei. Auf diese Weise gelang es, die tschechischen Legionen, welche auch aus revolutionären Arbeitern und Bauern bestanden, zu betrügen und sie in einen gegenrevolutionären Kampf hineinzuziehen. **Als die Legionäre sich davon überzeugt hatten, daß die Sozialrevolutionäre eine gegenrevolutionäre Rolle spielten, sagten sie sich von dem Bündnisse mit ihnen los.** Trotz der Befehle der Vorgesetzten weigerten sich die Legionäre, den Kampf gegen die Bolschewiken fortzusetzen. Um die unter den Legionären herrschende Stimmung zu charakterisieren, erzählt Šmeral, daß der an der Spitze der Legionäre stehende Pavlik, ein Verfechter der Interventionen in Rußland, sich gezwungen sah, unter dem Drucke der Legionäe ein Memorandum zu unterzeichnen, in dem erklärt wird, daß die ganze Welt entsetzt sein werde, wenn sie erfahre, was die Legionäre in Rußland getan haben. In diesem Memorandum werde auch darauf hingewiesen, daß die Entente und die Sozialrevolutionäre an dem Vorgehen der Legionäre Schuld tragen. Šmeral weist darauf hin, daß die betrogenen Legionäre, als sie den wahren Sachverhalt erkannten, als Kommunisten in die Tschechoslowakei zurückgekehrt seien. Nach der Aussage Šmerals wurden mehrere Stellen aus der Broschüre des tschechischen Majors Kratochvil verlesen, welche die Aussagen Šmerals voll bestätigten. (Wenn alle Zeugenaussagen gegen die Sozialrevolutionäre auf so wahren Tatsachen beruhen, wie jene Smerals — denn den Kommunismus der meisten Legionäre kennen wir alle — dann wird ihre Verurteilung eine der furchtbarsten Justizmorde aller Zeiten darstellen. D. Red.)

Ende des Wiener Straßenbahnerstreiks.

Wien, 3. Juli. Die Beratungen im Rathause, die von der Gemeinde und den Vertretern der Straßenbahner bis in die Morgenstunden geführt wurden, schlossen mit einer Vereinbarung, derzufolge der Verkehr auf den Straßenbahnen heute morgens in vollem Umfange wieder aufgenommen wird. Den Beratungen des gestrigen Tages lag ein Kompromißvorschlag des Präsidenten Seitz zugrunde, der seit gestern neben dem Bürgermeister und anderen sozialdemokratischen Gemeindefunktionären an den Verhandlungen teilgenommen hat. Die Streikenden erklärten sich zu sechs Ueberstunden über ihre 48stündige Arbeitsleistung in der Woche bereit. Dagegen wurde ihnen ein Einfluß bei der Einteilung der Touren zugestanden.

Der Berliner Buchdruckerstreik.

Berlin, 2. Juli. Infolge des allgemeinen Streikes der Berliner Buchdrucker sind heute keine Morgenblätter erschienen, ausgenommen das von der Gewerkschaftskommission herausgegebene Nachrichtenblatt der Berliner Arbeiterschaft. Auch die Vertreter des christlichen Gutenbergbundes haben sich dem Streike angeschlossen. Das Reichsministerium ist bemüht vermittelnd einzugreifen.

Streik der Steirischen Kohlenarbeiter.

Wien, 3. Juli. Das „Neue Achtuhrblatt" meldet aus Graz, daß die Bergarbeiter der west- und oststeirischen Kohlenwerke heute früh auf Grund eines einstimmigen Beschlusses der Betriebsrätekonferenz in den Streik getreten sind. Die Bergarbeiter verlangen Lohnerhöhungen. Es sind ungefähr 10.000 Arbeiter in den Streik getreten. Nur in Obersteiermark (Alpine) wird noch gearbeitet.

Entsetzlicher Selbstmord. Dieser Tage hat in Hohenofen, Bezirk Görkau, der Bergarbeiter Anton Zein auf furchtbare Weise seinem Leben ein Ende gemacht. Zein lehnte sich an einen Mast der elektrischen Lichtleitung und brachte an sich eine Dynamitpatrone zur Explosion. Der Selbstmörder wurde vollständig zerrissen. Auch der Lichtmast wurde zertrümmert. Zein hatte mit seinem Wohnungsvermieter, einem gewissen Alfred Schnorrer, öfters Streit, so daß man vermutet, daß er dadurch in den Tod getrieben wurde.

Raubmordversuch in Gablonz. Freitag nachts drangen zwei unbekannte Täter in die Wohnung der Witwe Franziska Bartha ein, würgten sie und schlugen sie mit einer Zaunlatte auf den Kopf. Auf die Hilferufe der Frau eilten Hausbewohner herbei, worauf die Räuber von ihrem Opfer abließen und durch das Fenster entflohen. Frau Bartha hat am Kopf schwere Verletzungen erlitten. Die Verfolgung der Täter wurde aufgenommen, führte jedoch bis jetzt zu keinem Ergebnis.

Schwerbezahlte Dummheit. In Zleb bei Taslau lockten der Hausmeister Franz Housek und seine Schwester Marie Housek der Arztenswitwe Katarina Kohout 42.000 Kronen und Wertgegenstände im Werte von 100.000 Kronen unter der Vorspielung heraus, daß sie dieses Geld für Exkaiser Karl und Zita (!), sowie für andere Mitglieder der ehemaligen Herrscherfamilie benötigen, die in Not und Elend auf dem Schlosse bei Zleb leben müssen, weil sie von der Tschechoslowakei ihrer Güter beraubt worden wären. Unter verschiedenen Vorspiegelungen und Drohungen hintertrieben die beiden Betrüger jedweden Versuch der Witwe, mit der Außenwelt in Berührung zu geraten. Schließlich wurde der Betrug dennoch zufällig entdeckt und die Gendarmerie verhaftete das Geschwisterpaar, das sich auf so ungewöhnliche Weise Geld zu verschaffen wußte.

Der Nachttarif der Prager Elektrischen. Die „Pr. Pr." demeniert die auch von uns gebrachte Nachricht, daß die Nachtkarten auf der Prager Elektrischen in gewissen Fällen von vier auf zwei Kronen herabgesetzt werden sollen und erklärt diese Meldung, welche die „Tribuna" aus informierter Quelle brachte, als eine bloße „gutgemeinte Anregung, die die Straßenbahnen kaum berücksichtigen dürften". — Wir überlassen der „Prager Presse" die Verantwortung über die Richtigkeit dieser Meldung.

Zum Hotelbrand in Joachimsthal. Die Blätter brachten in den letzten Tagen die Meldung über den Brand des „Kurhauses" in Joachimsthal, dessen Dachstuhl sowie Mansardenzimmer vollständig ausbrannten, wodurch ein Schaden von drei Millionen verursacht wurde. Anfangs glaubte man, daß das Feuer durch Kurzschluß der elektrischen Leitung entstanden sei. Wie nun die Polizeikorrespondenz meldet, ist Brandlegung nicht ausgeschlossen, da während des Brandes bisher unbekannte Personen ins Hotel eindrangen und dort durch Zertrümmern von Einrichtungen und Zerschneiden von Klubsesselnehnen und anderem großen Schaden anrichteten, ohne daß man dieser Personen hätte habhaft werden können. Das Hotel, das heuer vom Staate angekauft wurde, hätte am 1. Juli eröffnet werden sollen. Durch den Brand ist seine Eröffnung für heuer ernstlich in Frage gestellt.

Telegramme.

Große Kundgebung der Teplitzer Arbeiterschaft.

Teplitz, 3. Juli. (Eigenbericht.) Teplitz sah heute abends eine Massenkundgebung der Arbeiterschaft wie schon lange nicht. Tausende folgten der Einladung unserer Partei zu einer Volksversammlung. Im Saale, in dem sich vor einigen Tagen die Hakenkreuzler zusammengefunden hatten, drängten sich heute Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Versammlung begann mit der Absingung der „Internationale", an die sich ein von den Anwesenden stehend angehörter Nachruf des Genossen Vorbach auf Rathenau anschloß. Dann besprach in ruhig-sachlicher Weise

Genosse Abg. Grünzner

die Verstaatlichung der Aussig-Teplitzer Eisenbahn. Er betonte, daß unsere Partei den Kampf durchaus sachlich geführt habe. Nach ihm stellte

Genosse Senator Dr. Heller

unter stürmischer Zustimmung der Versammlung fest, daß die gesamte Arbeiterschaft des Teplitzer Bezirkes hinter den Arbeitern der A.T.E. stehe. Sodann besprach er in leidenschaftlichen Worten die Untaten der Hakenkreuzler und beleuchtete treffend die demagogische Politik Dr. Lodgmans. Es wurde eine

Resolution

angenommen, die den Parteivorständen der deutschen und der tschechischen sozialdemokratischen Partei und der Kommunisten überreicht werden soll und in der die Arbeiterschaft des Bezirkes an alle proletarischen Parteien die dringende Aufforderung richtet, sich zur Abwehr der Reaktion und zum Schutz der republikanischen Staatsform zu vereinen.

Nach dem Schluß der Versammlung formierten sich die Teilnehmer zu einem Umzug und marschierten auf den Marktplatz, wo die Genossen Dr. Heller und Grünzner das Treiben der Hakenkreuzler mit kräftigen Worten verurteilten. Unter Absingung revolutionärer Lieder wurde die Kundgebung um viertel zwölf Uhr eindrucksvoll beendet.

Der Bürgerkrieg in Irland.

Dublin, 1. Juli. (Tsch. P.) Die Rebellen haben sich in ungefähr zwanzig größeren Gebäuden festgesetzt. Die Regierungstruppen bereiten einen Angriff auf die Stellungen in der Sackville Street vor, wo de Valera selbst die Operationen leiten soll. Der Brand im Justizpalaste ist noch nicht gelöscht. Die Rebellen entwickeln in Südirland eine eifrige Tätigkeit. Zwei Städtchen und einige andere Orte, die von den regulären Truppen besetzt waren, kapitulierten. In Cork haben die Rebellen die Redaktion des Blattes „Cork Examiner" besetzt. In Drogheda wurde gestern heftig gekämpft, wobei sich die Regierungstruppen des Bahnhofes bemächtigten und eine Eisenbahnbrücke in die Luft sprengten, um die Verbindung der Rebellen mit dem Norden abzuschneiden. Diese greifen die von den regulären Truppen besetzte Kaserne an. Das Ergebnis des Kampfes ist ungewiß.

Dublin, 2. Juli. Nach ruhiger Nacht erfolgte heute früh der Angriff eines Panzerautos auf die Freistaattruppen. Diese erwiderten das Feuer in heftiger Weise. In der Nähe des Autos explodierte eine Mine, ohne ihm Schaden zuzufügen. Der Stabschef der Freistaatler ließ bekanntmachen, daß Plünderer sofort erschossen werden. Heute früh ergaben sich 50 Rebellen in der Nähe der Four Courts.

Fortgang der Kämpfe.

Dublin, 3. Juli. (Reuter.) Gestern früh sandten der Erzbischof, der Bürgermeister und der Sekretär der Arbeiterpartei den Aufständischen ein Anbot auf Friedensvermittlung, das aber abgelehnt wurde. Infolgedessen unternahmen die Regierungstruppen, die Mitrailleusen und Panzerautomobile verwenden, einen neuen Angriff auf die Aufständischen, drängten sie aus einigen Stellungen und machten 400 Gefangene. Auf dem Rückzuge sprengten die Aufständischen einige Minen in die Luft, die aber nur Sachschaden verursachten. Heute um 1 Uhr nachts begann eine neue starke Schießerei. Eine Abteilung des Heeres der provisorischen Regierung, die in der Gegend von Listowel operiert, kapitulierte nach langen Verhandlungen mit den Aufstädischen. Dagegen lehnten in der Grafschaft Donegal starke republikanische Kräfte, die strategische Punkte in der Umgebung von Raphoe und Conwoy besetzt halten, die Kapitulation ab. In Londonderry trafen zahlreiche republikanische Deserteure ein und wurden von der Ulster-Polizei unverzüglich entwaffnet. (Grafschaft Donegal an der Nordgrenze der Gr. Ulster. Listowel Stadt in der Grafschaft Limerick, Südirland.)

Meldungen zufolge, die gestern mittags aus Dublin eingelangt sind, haben die Regierungstruppen gegen die Positionen der Rebellen ein Sperrfeuer eröffnet, das auf die Einleitung eines entscheidenden Angriffes hindeutet. Einige Stunden vorher näherten sich die Regierungstruppen durch ein Umzingelungsmanöver dem Ostende der oberen O'Conell Street, wo die Rebellen einige Hotels besetzt haben. Im allgemeinen meint man, daß der endgültige Erfolg der Regierungstruppen in Dublin nur eine Frage von Stunden sei. — Gestern hißten Abteilungen der Aufrührer weiße Fahnen auf einigen Gebäuden, die sie nachher verließen. Aus den ländlichen Bezirken kommen in Dublin zahlreiche Gefangene an. De Valera und sein Stab befinden sich in einem der belagerten Gebäude. „Evening News" zufolge wurden in den bisherigen Dubliner Kämpfen 60 Personen getötet und 200 verletzt.

Ein polnischer Kommunistenprozeß.

Warschau, 3. Juli. (Tsch P.) Vor dem Warschauer Bezirksgerichte begann heute die Verhandlung gegen den wegen kommunistischer Agitation angeklagten Abgeordneten Dombal. Der Prozeß erweckt großes Interesse. An hundert Zeugen werden erscheinen, darunter der gewesene Ministerpräsident Abg. Witos.

Die Neuordnung Palästinas.

London, 3. Juli. (Laurenzi.) Amtlich wird der Text der Erklärung veröffentlicht, die der Kolonialminister Churchill am 29. Juni der Oberverwaltung von Palästina sandte. In der Erklärung heißt es, daß die britische Regierung aufs neue die Deklaration vom November 1917 bestätige und erklärt, daß sie von ihr nicht abzuweichen beabsichtige. In Palästina wird ein jüdisches Nationalheim errichtet, sodaß die Juden ein vollberechtigtes und nicht nur ein geduldetes Element sein werden. Hiebei denkt allerdings die britische Regierung nicht daran, daß Palästina ebenso jüdisch werde, wie England englisch ist, oder daß die arabische Bevölkerung, ihre Sprache und Kultur untergeordnet werden oder vollständig verschwinden sollten. Staatsbürgerlich werden alle Bewohner von Palästina Palästiner sein und vor dem Gesetze wird keine Gruppe der Bevölkerung eine andere Stellung einnehmen. Die Regierung beabsichtigt, die Einführung der vollen Autonomie zu beschleunigen, und schreitet ohne Verzug zur Einsetzung eines gesetzgebenden Rates mit einer Mehrheit von gewählten Mitgliedern. Die besondere Stellung des Vollzugsausschusses der zionistischen Organisation gibt ihm keinerlei Recht zu irgend einer Teilnahme an der Regierung von Palästina. Die Zuwanderung wird so geregelt, daß die Zahl der Ein-

wanderer die wirtschaftlichen Bedürfnisse des Landes nicht überschreitet. Ein besonderer, von den gewählten Mitgliedern ernannter Ausschuß des gesetzgebenden Rates wird gemeinsam mit der Staatsverwaltung über die Regelung der Zuwanderung wachen. Streitigkeiten in dieser Frage werden der britischen Regierung vorgelegt. Alle religiösen Gemeinden oder bedeutenden Bevölkerungsgruppen, die sich über die Nichteinhaltung der Bedingungen des britischen Mandates beschweren wollen, werden das Recht haben, sich an den Völkerbund zu wenden.

Einquartierung und Mannschaftsgebühren.

Im Wehrausschuß des Senates wurden gestern die Vorlagen betreffend die dauernde Einquartierung und die Mannschaftsgebühren verhandelt. Die Senatoren Genossen Link und Professor Dr. Wiechowski wiesen in der Debatte zum ersten Gesetz darauf hin, daß die Entschädigung auf eine gerechte Basis gestellt werden solle und beantragten daher eine Abänderung des § 1 — welcher bloß eine 40prozentige Erhöhung der bisher geltenden Entschädigungsansätze feststellt — daß in Zukunft als Grundlage für die Entschädigung der Wert des Grundstückes und des Gebäudes genommen werde und die Entschädigung so zu bemessen sei, daß sich beides angemessen verzinse. Dieser Antrag, ebenso wie ein Resolutionsantrag, welcher die Regierung auffordert, bei dieser Gelegenheit auch die Entschädigungssätze für die vorübergehende Einquartierung in einem den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechenden Maße zu erhöhen, wurden abgelehnt. Dagegen wurden die drei Resolutionsanträge, welche das Abgeordnetenhaus genehmigt hatte, ebenfalls im Ausschusse angenommen.

Zum Gesetz über die Mannschaftsgebühren führte Genosse Wiechowski insbesondere aus, daß es sich in diesem Falle um eine krasse Verletzung des Gesetzes durch das Landesverteidigungsministerium handle, welche nicht weniger als zwei volle Jahre andauert, da das Ministerium die Erledigung seiner im Oktober 1920 eingebrachten Vorlage nicht abwartete und nach dieser Vorlage, die erst jetzt zur Verhandlung gelangt ist, bereits den Mannschaften niedrigere Gebühren auszahlt, als es das Gesetz vom 19. März 1920 anordnet. Die Aufklärungen, welche vom anwesenden Vertreter des Landesverteidigungsministeriums Dr. Novak gegeben wurden, waren vollkommen unzulänglich. Es ist nicht klar geworden, warum es geschehen konnte, daß dieses für die einrückenden Soldaten so ungemein wichtige Gesetz volle zwei Jahre im Abgeordnetenhause liegen geblieben ist, ohne verhandelt zu werden. Selbstverständlich wurden die im Ausschuß von Genossen Link und Wiechowski eingebrachten Abänderungsanträge zu § 1, welche eine wesentliche Erhöhung der Mannschaftsgebühren beinhalten, von den Mehrheitsparteien abgelehnt. Verwunderlich aber ist, daß auch folgende von unseren Genossen eingebrachten Resolutionsanträge abgelehnt wurden: Diese Anträgen bezogen sich

1. auf die Entschädigung für die von den Einrückenden mitgebrachten Proprietäten,
2. auf die Abschaffung derjenigen Disziplinarstrafen, welche im Entzug von Gebühren und Löhnen bestehen, und schließlich
3. auf die Gebühren kranker Soldaten.

Diese Ablehnung erfolgte unter dem Einflusse des Regierungsvertreters, welcher die Erklärung abgab, daß allen in den Resolutionsanträgen unserer Genossen ausgesprochenen Wünschen in der allernächsten Zeit spontan durch das Kriegsministerium werde entsprochen werden. Der Hinweis unserer Genossen darauf, daß trotzdem im Wege der Resolutionsanträge das Landesverteidigungsministerium an diese wichtigen Dinge gemahnt werden soll, blieb erfolglos.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Ein Millionenbetrug in der Glasindustrie.

Im Jahre 1920 herrschte in der Glasindustrie eine sehr gute Konjunktur. Diese nützten unternehmungslustige, aber unehrliche Leute zu ihrer Bereicherung aus. In Probstau bei Teplitz entstand ein ungeheueres Glasunternehmen mit 30 Millionen Kronen Kapital, dessen Begründer sich nach dem Organe der tschechischen Glasarbeiter, der „Obrana", ungeheure Betrügereien zuschulden kommen ließen.

Die neubegründete Aktiengesellschaft besitzt folgende Glaswerke: In Probstau bei Teplitz mit 700 Arbeitern, in Ullersdorf bei Teplitz mit 200 Arbeitern, in Nove Bani (Slowakei) mit 200 Arbeitern, in Hronske Rudno (Slowakei) mit 200 Arbeitern. Der Besitzer dieser Betriebe war die Firma Knizek u. Co., welche durch verschiedene Manipulationen in Insolvenz geriet.

Infolgedessen wurde schon am April 1921 im Glaswerke in Probstau, im Dezember 1921 im Glaswerke in Ullersdorf und im April d. J. in den beiden slowakischen Glaswerken die Erzeugung eingestellt. Die Arbeiter und Angestellten dieser Glaswerke wurden dem Elend und der Not preisgegeben.

Der Staat und die Glasarbeiterverbände wurden durch diese Manipulation der insolventen Firma schwer geschädigt, weil sie ungeheuere Summen an Arbeitslosenunterstützung auszahlen mußten. An der Spitze dieser Firma standen die Herren Stalmach und Penhaz. Diese zwei Herren verschuldeten die Einstellung der Erzeugung. Penhaz kaufte selbst alles erzeugte Glas, stellte selbst die Uebernahmspreise zum Schaden des Betriebes fest, aber bezahlte die gekaufte Ware nicht.

Nach Erklärung der Insolvenz der Firma führten die Herren Stalmach und Penhaz die Ausschließung der slowakischen Werke aus der Gesellschaft durch. Die Ausschließung dieser Werke geschah ohne Wissen der übrigen Aktionäre. Das Vermögen der neuen Gesellschaft wurde durch diese Manipulation um einige Millionen Kronen herabgesetzt und es wurde weiter zugunsten der Herren Stalmach und Penhaz gewirtschaftet. Die Geschichte der Probstauer Gesellschaft zeigt, was alles heute zum Schaden der Angestellten und des Staates unternommen werden kann. Die alte Firma Knizek u. Co. führte die Insolvenz durch und bot den Gläubigern einen Ausgleich an. Der Ausgleich wurde dadurch erzielt, daß eine neue Aktiengesellschaft gegründet wurde, und daß die Gläubiger anstelle des Geldes Aktien der neuen Firma bekamen. Die Aktiven der Gesellschaft betrugen 33.909.259 K 61 h, die Passiven dem gegenüber 21,156.480 K.

Es war also das neue Probstauer Unternehmen aktiv. Trotzdem erklärte die Firma die Insolvenz, da die Zivnobank einen weiteren Kredit ablehnte. Daraus ist zu sehen, daß hier ein fertiger Plan abgemacht war, um die alten Gläubiger und die Angestellten zu schädigen. Damit der Plan den Herren gelinge, wurde die Präsenzliste der Aktionäre unrichtig hergestellt. In der Präsenzliste dieser „reinen" Gesellschaft sind andere Herren eingetragen als in den Statuten.

Das Interessanteste an der ganzen Sache ist, daß die Differenz von zwölf Millionen Kronen zwischen dem Bilanzwert der Aktiven und dem Uebernahmspreis der Gesellschaft verschwand. Die Herren Stalmach und Penhaz führen an, daß die Differenz fertig ausgezahlt wurde. In dem Bilanzberichte ist aber kein Beleg hiefür. Die Schuldigen müssen zur Verantwortung gezogen werden und müssen beweisen, wohin diese Millionen gelangt sind und wohin die fertige Ware gekommen ist. Die Geschädigten erklären, daß die Ware Herr Penhaz von Stalmach kaufte. Penhaz übernahm die Ware zu entsetzlich niedrigen Preisen, aber nicht einmal diese niedrigen Preise bezahlte er. Penhaz figuriert in der Bilanz des Probstauer Unternehmens mit einer Einlage von zehn Millionen Kronen, aber diesen ganzen Betrag nahm er in Waren, die er nicht bezahlte, wieder heraus. Es ist also klar, daß diese beiden Herren Unkorrektheiten begingen.

Eine rätselhafte Rolle spielt in dieser unreinen Affäre auch die Zivnobank. Sie hat eine angebliche Forderung von 16 Millionen Kronen an das Probstauer Unternehmen. Aus diesen Beträgen hat sie aber zehn Millionen Kronen hypothekarisch gesichert, was aus den Belegen der Bilanz hervorgeht. Es ist rätselhaft, warum die Zivnobank nicht auch Aktien des neuen Unternehmens erhielt, wie alle anderen Gläubiger. Alles zielt dahin, daß die neue Aktiengesellschaft nicht deswegen gegründet wurde, um den Betrieb zu retten, sondern um den Konkurs im Interesse der Bereicherung von einzelnen anzumelden. Jeder erwartete, daß nach der Bewilligung der Statuten der neuen Aktiengesellschaft die Arbeit im Betriebe wieder eröffnet werde. Die Arbeit wurde jedoch in Probstau nicht wieder aufgenommen. Das einzige was geschah, war der Ausschluß der Betriebe in der Slowakei, welche nämlich anstatt auf Rechnung der neuen Gesellschaft, auf Rechnung der Herren Stalmach und Penhaz arbeiteten.

Der tschechische Glasarbeiterverband, dem es gelang, von den Manipulationen der Hauptmacher der Probstauer Gesellschaft Belege in die Hand zu bekommen, schritt bei den berufenen Instanzen ein und diese erklärten selbst, daß die ganze Angelegenheit reif für die Staatsanwaltschaft sei. Die Belege hat das Finanzministerium in der Hand. Nach den Ereignissen, die sich in dieser Gesellschaft abgespielt haben, ist es nicht möglich, den rechtsgültigen Besitzer des Probstauer Betriebes zu eruieren. Im Interesse der arbeitslosen Arbeiterschaft in Probstau ist das Einschreiten der Behörden nötig. Den Betrieb untätig liegen zu lassen, ist unverständlich und schädlich. Es ist im Gegenteil nötig, den Betrieb unter Zwangsverwaltung zu stellen. Die Glasarbeiter warten auf Arbeit und hier ist eine Gelegenheit zur Milderung der Arbeitslosigkeit. Wird diese Gelegenheit ausgenützt werden?

Spaltung des tschechischen Holzarbeiterverbandes. Wie bereits einige tschechische Verbände, wird nun auch der tschechische Holzarbeiterverband gespalten. Der Verband befindet sich seit einiger Zeit in kommunistischen Händen, sein geistiger Führer ist der bekannte Handlik. Ein Teil der tschechischen Arbeiterschaft ist nun mit der Taktik der Kommunisten im Verbande nicht einverstanden und da sich eine Einigung nicht erzielen ließ, ist eine Reihe von Ortsgruppen aus dem Verbande ausgetreten und hat eine „Union der Holzarbeiter" begründet. Auch der langjährige Sekretär des Holzarbeiterverbandes Maschek ist aus dem alten Verbande ausgetreten und wird der Sekretär der Union. Die unglückselige gewerkschaftliche Zersplitterung der tschechischen Arbeiterbewegung scheint nicht aufzuhalten zu sein.

Handelsvertrag mit Japan. Wie die „Trib." meldet, finden gegenwärtig Verhandlungen mit Japan wegen Abschlusses eines Handelsvertrages statt. Der erste Entwurf dazu wurde vom tschechischen Gesandten in Tokio vorgelegt, wozu vor ungefähr einer Woche Japan einen Gegenentwurf erstattete. In den grundsätzlichen Fragen ist eine Einigung bereits erzielt. Der Chef des Handelsamtes im japanischen Außenministerium Kawashima war vor einigen Tagen auf der Reise von Genua nach Tokio in Prag und hat daselbst eine Reihe noch strittiger Fragen bereinigt. Es besteht Aussicht, daß der Vertrag in den nächsten Monaten zum Abschluß gelangt.

Zum Vorsitzenden der tschechoslowakischen Arbeitergemeinde wurde in einer Konferenz der tschechischen nationalsozialistischen Gewerkschaften gestern der Senator Stastny, zu seinem Stellvertreter Abgeordneter Laube gewählt.

Der tschechoslowakische Außenhandel im Jahre 1921. Das statistische Staatsamt gibt soeben die erste allgemeine Uebersicht der offiziellen Handelsbilanz für das Jahr 1921 aus, nachdem in verschiedenen Blättern private Ermittlungen bereits veröffentlicht wurden. Die Uebersicht gibt die ein- und ausgeführten Waren nicht mehr allein in Meterzentnern beziehungsweise Stück an, sondern auch dem Werte nach, wie dies durch die auf Grund einer Verordnung eingesetzte permanente Kommission für die Ermittlung der Handelswerte ermittelt wurde. Danach betrug die Gesamteinfuhr im Jahre 1921: 22.435,356.046 Kč (im Vorjahre 23.384,411.785 Kč), die Ausfuhr belief sich auf 27.312,189.300 Kč (im Vorjahre 27.569,414.586 Kč). Es ist also sowohl der Wert der Einfuhr als auch der Wert der Ausfuhr zurückgegangen. Der Ausfuhrüberschuß betrug 4.876,833.254 Kč (im Jahre zuvor 4.185,002.801 Kč). Die Hauptposten der Einfuhr bilden: Tabak, Getreide und Hülsenfrüchte, Obst und Gemüse, Fette, Mineralien, Baumwolle, Wolle, Eisen und Eisenwaren, Metalle, Maschinen, chemische Produkte, Arznei- und Parfümerieartikel. Die Hauptposten der Ausfuhr: Zucker, Obst, Holz und Kohle, Baumwollwaren, Wollwaren, Seidenwaren, Konfektion, Papier, Lederwaren, Glas, Eisenwaren und Maschinen.

Kurse der Valuten.

Prager Kurse. Es kosten: 100 holl. Gulden 2014.50, 100 Mark 12.45, 100 schweiz. Franken 993.50, 100 Lire 244.25, 100 franz. Franken 437, 1 Pfund Sterling 231.75, 1 Dollar 52.50, 100 belg. Franken 416, 100 Pesetas 817, 100 Dinar 61, 100 österr. Kronen 0.29.50, 100 poln. Mark 1.03, 100 ung. Kronen 4.45.

Züricher Kurse. Berlin 1.26, Wien 0.02.75, Prag 10.10, Holland 203, New York 5.27, London 23.27, Paris 44.05, Mailand 24.65, Budapest 0.50, Agram 1.67.50, Warschau 0.11.25, Wien gest. 0.02⁷/₈.

Kunst und Wissen.

Richard Wagner-Zyklus: V. „Tristan und Isolde". (Neues deutsches Theater, 1. Juli 1922.) In einem Briefe von Liszt (vom 16. Dezember 1854) schreibt Wagner: „Da ich nun aber doch im Leben nie das eigentliche Glück der Liebe genossen habe, so will ich diesem schönsten aller Träume noch ein Denkmal setzen, in dem vom Anfang bis zum Ende diese Liebe sich einmal so recht sättigen soll: ich habe im Kopfe „Tristan und Isolde" entworfen, die einfachste, aber vollblütigste musikalische Konzeption; mit der schwarzen Flagge, die am Ende weht, will ich mich dann zudecken, um zu sterben." In der Tat ist „Tristan" das hohe Lied der Liebe, der tragischen, über allem Persönlichen stehenden Liebe; musikalisch jenes unter den letzten Werken Wagners, das der Meister nahezu ohne Unterbrechung in einem Zuge schuf, so daß seine Grundstimmung in selten geschlossener Einheit gewahrt ist. Der Septimenakkord der zweiten Mollstufe als tragischer Akkord und Symbol der tragischen Liebe beherrscht ihn und kennzeichnet seine von Sehnsucht, ekstatischer Liebesnot und Todesgeschick erfüllte Tonsprache. Mit Recht gilt heute der „Tristan" neben den „Meistersingern" als Wagners reifstes Werk. Die samstägige „Tristan"-Aufführung zeugte von rechtschaffener künstlerischer Arbeit, ließ aber jenes Höchstmaß begeisterter Hingabe aller Mitwirkenden vermissen, durch die das Meisterwerk unser Mitgefühl und tiefstes Empfinden aufzuwühlen vermag. Den „Tristan" sang Herr Lußmann als Gast. Tonlich unrein und mit unerträglich maniriertem Stoßen und Treiben des Tones; darstellerisch mehr das selbstbewußte Heldentum unterstreichend als das tragische Geschick. Von dramatisch ragender Größe war Frau Pertholds Isolde; wäre sie stimmlich zureichender, sie wäre eine der besten „Isolden" der deutschen Bühnen. Frau Jicha-Götzls „Brangäne" ist stilistisch und gesanglich eine Musterleistung. Alexander Zemlinsky war der „Tristan"-Tragödie, die seinem impulsiven Musikertemperamente wie kaum ein zweites Musikdrama entgegenkommt, ein Ekstase und leidenschaftliche Glut ausstrahlender musikalischer Führer. —ek.

Neues Theater. Dienstag, 4.: Gastspiel Manowarda-Lußmann „Walküre"; Mittwoch, den 5.: „Die keusche Susanne"; Donnerstag, den 6.: „Die Auferstandene"; Freitag, den 7.: Gastspiel Manowarda „Siegfried"; Samstag, den 8.: „Werwolf"; Sonntag, den 9.: nachmittag „Pottasch und Perlmutter", abend „Der Bettelstudent".

Kleine Bühne. Mittwoch, den 5.: „Flamme"; Freitag, den 7.: „Nur rasch eine Frau", „Beethovensonate", „Mittwoch"; Samstag, den 8.: „Candida"; Sonntag, den 9.: „Raub der Sabinerinnen".

Literatur.

Statistik des auswärtigen Handels der Tschechoslowkei im Jahre 1920. 1. Teil, Verlag des statistischen Staatsamtes. Das statistische Staatsamt übergab der Oeffentlichkeit zum erstenmale in detaillierter Form die ganzjährigen Ergebnisse seiner Tätigkeit auf dem Gebiete der Außenhandelsstatistik der Republik. Der vorliegende erste Teil umfaßt nur die Einfuhr in den freien Verkehr und die Ausfuhr aus dem freien Verkehr des Zollgebietes der Tschechoslowakei. Die Durchfuhr sowie die Ein- und Ausfuhr im Vormerkverfahren für das Jahr 1920 wird den Gegenstand des zweiten Teiles bilden. Dem etwa 150 Quartseiten umfassenden ersten Teil geht das Gesetz betreffend die Statistik des auswärtigen Handels sowie die entsprechende Durchführungsverordnung voraus. Sodann folgt eine Uebersicht der Ein- und Ausfuhr im Jahre 1920, geordnet nach Zolltarifklassen und den Herkunfts- und Bestimmungsländern. Den Hauptinhalt bildet dann Ein- und Ausfuhr der einzelnen Waren nebst Angaben der Herkunfts- und Bestimmungsländer. Das Werkchen ist unentbehrlich für jeden, der sich mit der Handelspolitik der Tschechoslowakei beschäftigt.

Mitteilungen aus dem Publikum.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)

967

Staats-Prämien-Baulose.

Zwei Ziehungen jährlich.

Nächste Ziehung am 1. August d. J.

Gezogen werden:

1 Treffer zu 1.000.000 Kč
2 Treffer zu 500.000 Kč

10 Treffer zu	100.000 Kč
20 Treffer zu	50.000 Kč
50 Treffer zu	20.000 Kč
50 Treffer zu	10.000 Kč
100 Treffer zu	5.000 Kč
200 Treffer zu	2.500 Kč
1.000 Treffer zu	1.500 Kč

Im ganzen um 8,000.000 Kč Treffer.

Kaufet nicht die wertlosen österreichischen und ungarischen Lose, deren Treffer in der entwerteten Währung ausbezahlt werden!

Verlanget Prospekte bei den Geldinstituten!

UNIO

Der beste Fliegenfänger

UNIO-WERKE PILSEN

Vertreter: JOSEF POLLAK, Weinberge. Telephon Nr. 210. 815 Resslova 3.

Robert Faesi: Gestalten und Wandlungen Schweizerischer Dichtung. (Wien, Amalthea-Verlag.) Die literargeschichtlichen Arbeiten Robert Faesis gehören zu denen, die nicht nur der am Stoffe interessierte Fachmann, sondern jeder Kunstverständige Laie mit Genuß lesen kann. In zehn Essays, deren Stil elegant und flüssig ist, ohne dabei an gesunder Kraft zu verlieren, zeichnet der Verfasser ein markantes Bild der neuen Schweizerischen deutschen Dichtung. Bei aller Anerkennung individueller Eigenheiten ist die soziale Gebundenheit überall betont und mit seltener Deutlichkeit gezeigt, wie alle geistigen Strömungen im historisch Zuständlichen wurzeln. Besonders lebendig erstehen vor uns die Gestalten der jüngsten Dichtung der deutschen Schweiz: Adolf Frey, Albert Steffen, Max Pulver und der bedeutendste unter ihnen, Jakob Schaffner. Das Werk zeigt, daß die deutsche Literatur der Gegenwart in Faesi eine der glücklichsten Vereinigungen von Forscher und Dichter besitzt. Der Amalthea-Verlag hat das Buch mit gewohnter Sorgfalt ausgestattet. Fr.

Kleine Chronik.

Ein seltsamer Unfall. Während des furchtbaren Sturmes, der New York vor kurzem heimsuchte, erlitten fünf Autofahrer einen seltsamen Unfall. In Yonkers, dem New Yorker Vorort, hatte eine Windhose ein beträchtliches Stück von dem Dach einer presbyterianischen Kirche mitgerissen, das dann unmittelbar auf das Auto herabstürzte, in dem fünf Leute saßen. Die herbeieilende Feuerwehr entfernte das Dach und fand zu ihrem Erstaunen die fünf Leute unbeschädigt darunter vor.

Ein blinder Lebensretter. Im Juli vorigen Jahres ertrank auf Vanua Leon, der zweitgrößten Fidschiinsel, ein Häuptling, der Buli von Mathuata, im Meere. Die näheren Einzelheiten sind erst jetzt bekannt geworden. Der Buli und ein Junge von etwa 12 Jahren waren in einem kleinen Ruderboot hinausgerudert. Es herrschte stürmische See, und als sie etwa 500 Meter vom Strand entfernt waren, schlug das Fahrzeug um. Sie versuchten zwar, schwimmend das Ufer zu erreichen, wurden aber von den Wellen zurückgeworfen und klammerten sich an das Boot an. Ein eingeborenes Mädchen sah vom Strand aus, wie das Boot umschlug, und lief um Hilfe zu holen. Ein Blinder, namens Josewa folgte ihr und schwamm, nachdem sie ihm die Richtung angegeben hatte, nach ihren Weisungen hinaus. Es gelang ihm auch, den Knaben zu erreichen und ans Land zu bringen. Dann versuchte der tapfere Blinde auch die Rettung des Häuptlings, der aber inzwischen untergegangen war, ehe der Retter bis zu ihm herankommen konnte. Josewa tauchte und brachte ihn an die Oberfläche, wurde aber von einem Krampf erfaßt und mußte den Körper loslassen.

Turnen und Sport.

Prager Spiele. D. F. C. geg. Meteor VIII. 1 : 4 (2 : 2). Der DFC., der im Felde technisch überlegen war, nahm den Gegner anfangs nicht allzu ernst, so daß Meteor bereits 2 : 0 führen konnte, bevor sich die DFC.-Leute des Ernstes der Sache bewußt wurden. Auch dann spielten sie so, als ob ihnen am Siege nichts liegen würde. In der zweiten Halbzeit schien es sogar oft, als ob Meteor den Sieg davontragen würde. Die Tschechen überraschten durch ihren unerschrockenen Kampfgeist und Siegeswillen. Ihr Sturm wurde dem DFC.-Tor immer gefährlich, da die Hälfte der Deutschen etwas allzu bequem spielten und die Meteor-Flügel immer durchkommen ließen. Vor dem Tore vergab der DFC.-Sturm die herrlichsten Chanzen, schoß aus drei Schritten daneben oder darüber und brachte so den DFC. um den sicheren Sieg. Dem DFC., der heute tatsächlich guten Fußball spielt und sich in anerkennender Weise zusammengenommen hat, wäre anzuraten, sich jetzt nicht auf den Lorbeeren der letzten Wochen auszuruhen, sondern sein im Frühjahr sehr in Mißkredit gekommenes Renommee, heute, wo er es vermag, entsprechend wieder herzustellen. — Sparta-Karlsbad geg. Hertha-Troppau 2 : 1 (0 : 0). Durch dieses Wettspiel gewinnt die Sparta (mit viel Glück) die Meisterschaft der I. Klasse. — Brünner Sportklub geg. Karlsbader F. K. 2 : 0 (1 : 0). Die Brünner waren besser und siegten nach Verdienst. Karlsbad, nur mehr der Schatten seiner einstigen Größe, wird dadurch zum Abstiegskandidaten aus der Ligaklasse. Die beiden Karlsbader Klubs, Sparta und Karlsbader FK. tragen jetzt noch ein Wettspiel auf neutralem Platze aus. Der Sieger wird Ligaklasse. — Sonstige Prager Spiele: ZFK. Brňovice gegen Cechie Karolinental 5 : 3 (0 : 2). Nuselsky SK. gegen Studentsky SK. 6 : 1. SK. Smichov gegen Dejvice 5 : 1 (4 : 1). Union Prag VII. gegen SK. Michle 7 : 1 (3 : 0). Praha VII. gegen SK. Slany 1 : 3 (1 : 3). Žižkover Elf (Union Žižkov und Viktoria komb.) gegen tschechische Fliegerschule 1 : 1.

Provinz- und Auslandspiele. Preßburg: ESK. Bratislava gegen Slovan Wien 3 : 1. BTC. gegen PTC. 6 : 1. Brünn: Moravska Slavia gegen Hradec Kralove 5 : 3. Zidenice gegen SK. Kročehlavy 5 : 1. Achilles gegen Hanacka Slavia 6 : 2. Proßnitz: Sparta Proßnitz gegen AC. Slovacka Slavia 3 : 4. Teschen: DSV. Oderberg gegen Makkabi Teschen 4 : 1. Mähr.-Ostrau: Sportbrüder Troppau gegen Hakoah Witkowitz 3 : 3. Dux: Sportbrüder Prag komb. geg. DSK. Dux 5 : 4. — Wien. Cupfinale: WAF. gegen Amateure 2 : 1 (0 : 1). Amateure besser, WAF. glücklicher. 12.000 Zuschauer, die den Cupsieger WAF. stürmisch bejubeln. Meisterschaft: I. Klasse. Samstag: Rudolfshügel gegen Rapid 2 : 1!; häßliche Szenen während des Spieles, wo es am Spielfeld zu einer allgemeinen Rauferei kommt, so daß die Wache einschreiten muß. Sonntag: Floridsdorf gegen Sportklub 1 : 0! Hakoah gegen Admira 3 : 0. II. Klasse: Germania gegen WAC. 2 : 1; Ueberraschungssieg. Rennweg geg. Blue Star 1 : 0. Freundschaftsspiele: Simmering gegen Cricketer 5 : 1, Ostmark gegen Donaustadt 1 : 0 (Samstag), gegen Nußdorf 4 : 2 (Sonntag). Graz: Wien gegen Graz 2 : 1 (Städtewettspiel). — Deutschland. Länderwettspiel Deutschland geg. Ungarn 0 : 0. Gespielt in Bochum vor 40.000 Zuschauern. Beide Mannschaften mit Ersatzleuten. Ausgeglichenes Spiel. Schiedsrichter Reischurz. Hannover: Südschweden gegen Städtemannschaft Hannover 2 : 2. — Polen: Lemberg: Wisla-Krakau gegen Pogan-Lemberg 1 : 5.

Beendigung der deutschen Kampfspiele. Nach vierzehntägiger Dauer wurden am Sonntag die deutschen Kampfspiele im Berliner Stadion bei einem Rekordbesuch beendet. Nachstehend die Ergebnisse: Zehnkampf: 1. Holz, Charlottenburg, 547 Pkte. 2. Ulpe, Berlin, 543 Pkte. 3. Krallenberg, Lübek, 528 Pkte. 4. Baaske, Königsberg, 480 Pkte. 5. Köpke, Pommern, 476 Pkte. 6. Herr, München, 450 Pkte. 100-Meter-Lauf: 1. Houben, Crefeld, 11 Sek. 2. Weider, Frankfurt, 2.5 Meter zurück. 3. Fritz, Leipzig. Hochsprung: 1. Schröder, Neukölln, 1.85 Meter. 2. Fritzmann, Charlottenburg, 1.80 M. 3. Biermann, Magdeburg, 1.80 M. Kugelstoßen: 1. Söllinger, Darmstadt, 12.78 Meter. 2. Krallenberg, Lübeck, 12.23 M. 3. Geyer, München, 11.82 M. Marathonlauf über 50 Kilometer. 1. Wills, Berlin, 2 St. 48 Min. 41.4 Sek. Weitsprung: 1. Schuhmacher, Hamburg, 7.11 Meter. 2. Burmann, Berlin, 6.93 M. 3. Baaske, Königsberg, 6.50 M. 4 mal 400 Meter Vereins-Staffel: 1. DSC. Berlin, 3.26.4, Rekord. 2. WAC. 2.5 Meter zurück. Speerwerfen: für Städtemannschaften: 1. Berlin 145.79 Meter. 2. Mannheim 145.69 Meter. 3. Dessau 138.51 Meter. 110 Meter Hürdenlauf: 1. Kasten, Berlin, 16.5 Sek. 2. Franzel, Brünn, um Brustbreite. 3. Paulu, Gießen. 800-Meter-Lauf: 1. Peltzer, Stettin, 1.57.3. 2. Bein, Charlottenburg, 15 Meter zurück. 3000 Meter Mannschaftslaufen: 1. TV. München 1860, 9.23.2. 2. Charl. SC. 3. Eintracht, Frankfurt. 100 Meter Beliebig-Schwimmen: Heinrich, Leipzig, 1:3.8, Rekord. Wasserpolo: „Wasserfreunde" Hannover gegen „Hellas" Magdeburg 1 : 2.

Schwimmen über elf Kilometer Königsaal—Prag. 1. AC. Sparta I. 2 St. 13 Min. 35 Sek. (Schert, Müller, Bodnik, Klempfner, Tomašek). 2. Podoli, 2 St. 15 Min. 36.2 Sek. 3. Bydehrad 1907, 2 St. 17 Min. 11.4 Sek. 4. SK. Slavia, 2 St. 18 Min. 17.2 Sek. 5. AC. Sparta II. 2 St. 23 Min. 34.1 Sek 6. AC. Praha 2 St. 47 Min.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak.
Druck: Deutsche Zeitungs-Aktien-Gesellschaft Prag
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Unsere Krone in Zürich:
1. April 1922 — 100 Kč = Francs 9,60
jetzt — 100 „ = ca. „ 10.07
Kursbesserung daher rund 5%.
Unsere Preise haben wir seit 1. April **ermäßigt**
um 30 bis 40%
Unsere Schlager:
10.000 P. weiß u. schw. engl. Doppel-Leinen-Schnür- u. Spangenschuhe echte Rindsledersohle
früher Kč 88.— **jetzt Kč 54.—** (38%)
1000 P. Damen-Spangenschuhe schwarz, Chevreaux (ab 15. Juli)
früher Kč 100.— **jetzt Kč 69.—** (30%)
5000 P. Damen-Schnür- und Spangenschuhe eleg. Straßenschuhe, schw. Chevr. od. Box, versch. mod. Formen
früher Kč 160.— **jetzt Kč 98.—** (38%)
5000 P. Damen-Schnür-, Spangen- u. Bindspangen feinst Chevreaux, neueste Form, Luxusausführung
früher Kč 170.— **jetzt Kč 115.—** (32%)
in **Lack** Kč 230 — **jetzt Kč 135.—** (40%)
2000 P. Damen-Schnürstiefel schw. Rindsleder, dauerhaft, beste Qualität
früher Kč 175.— **jetzt Kč 120.—** (30%)
in **braun Box** Kč 255.— **jetzt Kč 155.—** (39%)
3000 P. Herren-Derbystiefel Ia. Box, beste Paßform
früher Kč 250.— **jetzt Kč 148.—** (40%)
in **braun** Kč 260.— **jetzt Kč 170.—** (34%)
2000 P. Damen-Schnür- u. Bindspangenschuhe feinst, braun, Box od. Chev., modernst. Form, aparte Ausführung
früher Kč 250.— **jetzt Kč 159.—** (36%)
und viele andere Sorten.
Besichtigen Sie die Schaufenster der
„HUMANIC"
Verkaufsstellen und Sie werden Ihren Bedarf dort decken.
PRAG I., Národní třída 31. Ecke Perštýn.

Tragen Sie der vielen Vorteile wegen PALMA Kautschuk Absätze und Sohlen

972

Lato die beste
Milch-Schokolade
besorgt den Konsum-Vereinen die
G. E. C.
806

Die Volksbuchhandlung
Ernst Sattler, Karlsbad
unterhält ein reichhaltiges Lager jeder Art
Literatur.
Alle nicht lagernden oder wo immer angekündigten Bücher und Zeitschriften werden raschest geliefert.

Gummi-Regenmäntel
von 180.— aufwärts kaufen sie bestens beim Erzeuger Eng. J. Mewald, Paulsdorf bei Reichenberg. Verlangen Sie mit Karte unverbindl., bemust. Anbot.
851

In das Heim des klassenbewußten Arbeiters gehört d. Zentralorgan.
der Deutschen sozialdemokr. Arbeiterpartei
— „Sozialdemokrat" —

Der Einsam. (2)

Erzählung von Ludwig Anzengruber.

Alle, die 'm Alten 's Wort reden, wissen wohl, warum sie's tun, freilich, du und deinesgleichen habt euch wieder ein' sein'sgleichen erhofft, aber 's hochwürdig' Konsisturi weiß schon auch, warum's den Neuchen herg'setzt hat."

„Wohl, wohl," schrie der Dorfschuster, „so ein Herr taugt uns, der keine Uebelständ' duld't, nit geistlich, nit weltlich, wie auch recht is. Denn wie da auf 'm Bühel 's Gotteshaus über dem G'meind'haus und über allen steht, so soll auch der Herr Pfarrer zu oberst in der G'mein' stehn! Die paar Tag' schon, seit er im Ort, hat er 'm Burgermeister ganz gute Einschläg' in G'mein'sachen geben und der, wie er g'scheit is, ordnet sich ihm auch unter; auch der Schulmeister darf sich nit sperren, schon in der Schul' muß der Grund g'legt werd'n...."

Der Dorfschneider wollte nicht zurückbleiben und fiel dem Schuster ins Wort: „Jawohl, schon bei 'n Kindern! Das laue Wesen und die laxe Mural, die sein am Rand, ein scharf' Regiment und ein' strenge Zucht hebt an, und wir, denen schon lang all die Neuerungen nit anstehen, wir sein jetzt die Herren da am Ort."

„Nit nur am Ort," nahm der Lange wieder die Rede auf, „laßt euch sagen, Manner, dös verbleibt nit in einem Sprengel, dös is für weiter aug'legt, nit nur da im Ort, bald im ganzen Land werd'n wir, die wir der Aergerniß' müd' sein, die Herren spielen können, und dieselben, die's uns jetzt noch z' Trutz meinen möchten, soll'n's wohl verspüren!"

Da erklang vom Burschentisch eine Zither und einer hob zu singen an:

„Geht's mer christlich nimmer z'samm,
Druckt's mich wie die Trud',
Heiß' ich mich halt Abraham
Und werd' a Vinkljud'!"

Sofort sang ein zweiter:

„Und wenn eppa drauf ich kimm,
Daß ich da nix wirk',
Heiß' ich mich halt Ibrahim
Und werd' gar a Türk'!"

Eben griff ein dritter Bursche präludierend in die Saiten, die künftigen „Herren im Lande" schimpften laut, und es dürfte nicht lange mehr angestanden haben, so hätte wohl mancher Gerechte manchem Sünder Reue und Leid erwecken gelehrt und mancher Sünder manches Gerechten Geduld im Leiden erprobt, wäre nicht plötzlich am Zaune ein Mann vorbeigeschritten, bei dessen Erscheinen sofort Stille eintrat.

Die Burschen standen auf und rückten die Hüte, die Anhänger des neuen Seelsorgers neigten die Köpfe gegeneinander und begannen angelegentlich zu flüstern, um von dem Ankömmling keine Notiz nehmen zu müssen, und etliche Bauern, die, unbehaglich genug, mitten unter ihnen saßen, griffen an den Filz, ohne sich vom Sitz zu erheben und lächelten verlegen: nur der vorhin geängstigte Wirt stürzte jetzt aufatmend herzu. „Ah, hochwürdig' Herr Kaplan, das is schön, daß mer dich noch sieht vor der Reis'. Also moring schon is 's ernst, hör'n wir, moring schon? Na, nit a bissel hereingehn auf a Abschiedströpferl?"

Der Angeredete war ein kleiner, beleibter, alter Mann, ging in hohen Stiefeln, einem langen Rock von ziemlich grobem Tuche, wie ihn die Dorfschneider für die Landgeistlichen gewöhnlich fertigen, und das Kollare sah gerade nicht sehr reinlich unter dem verschobenen Kragen hervor, das runde, gutmütige Gesicht war von einem breitkrempigen Filzhute, wie ihn die Bauern tragen, beschattet, eine schwarzseidene Zipfelmütze guckte darunter hervor.

„Dank'," schnarrte der Kaplan, denn er behielt auch unterm Reden den kurzen Pfeifenstummel, aus dem er qualmte, zwischen den Zähnen. „Bin stark 'gangen und lang kann ich mich nit aufhalten. Steig' seit früh in der Gegend herum, hab' nur nochmal all's ang'schaut und Abschied g'nommen. Von 'n Leuten hab' ich das nit not, is eh' denen meisten lieb, daß s' mich aus 'm G'sicht krieg'n. Na, geh' ich halt jetzt schön nach 'm Pfarrhof und fang' fein sauber langsam zum Einpacken an."

„Nimmst deine Vieher auch mit?" fragte der Wirt.

„Meine Käfer und Schmetterling'? Die Fauna vom ganzen Viertel? Na, die werd' ich doch nit dalassen?"

„Ei mein, so Schachtel- und Kistelwerk mitschleppen, macht doch a 'mentische *) Ung'legenheit."

Diesmal nahm der Kaplan gar die Pfeife aus dem Munde, eh' er den Wirt anfuhr: „Wo d' ein' blauen Teufel vom Wert einer Sach' weißt, red' nit!"

Da kam die Mutter des Wirtes, auf den Stock gestützt, an den Zaun geschlichen. „Na, du," sagte sie, „du bist ein schöner hochwürdig' Herr! Mich laßt du da ganz alleinig und gehst in d'Stadt."

„Je, alte Martha, was tust denn du dich hermühen? Grüß Gott! Na, brauchst mer's nit z' neiden; wenn auch nach der Stadt, ins Priesterhaus, in d' Versorgung halt, geh' ich."

„Dös kann ich dir wohl sagen," flüsterte die Greisin, „mir g'schieht völlig hart, daß du gehst. 'm Reden nach, obwohl viel' mit ihm einverstanden sein, weiß ich mich mit 'm Neuchen nit aus, eh' möcht' ich 'n schier fürchten."

„Brauchst kein' Angst z' haben," murmelte der Kaplan, „er is halt noch jung, sein' Jahr'n sind die unsern wie a Rätsel, da muß er erst auch so lang allweil im Kreis h'rumgangen sein, dann begreift er's schon, wie eins müd' wird, hinsitzt und der Welt zuschaut, wie's auch ohne seiner fortkommt. Er wird schon älter werd'n."

„Ja, freilich wird er's amal, aber das erleb' ich nit und wie werd'n mer sich wohl in der Zwischenzeit reden?"

„Laß ihm halt sein' Freud' und red' nix dawider."

„Meinst 'leicht, ich soll mer denken, du red'st mer lang gut?"

„Gedanken sein zollfrei."

„Gott verzeih mer d'Sünd', aber d' heilig' Weih' von euch abg'rechnet, da seids Oes wie weltliche Hallodri, einer 'm anderen auffässig."

„Jetzt ist Zeit, daß ich geh'," sagte der Kaplan und er reichte ihr die Hand. „Na, b'hüt Gott! Mach halt noch dein' Weil' mit und bleib fein riegelsam *) dabei. B'hüt Gott, Wirt! B'hüt, Gott, Leuteln!" setzte er für die wenigen hinzu, die ihn grüßten.

„B'hüt Gott! B'hüt dich Gott, Kaplan!" Die Alte schlich nach ihren Bänkchen zurück.

„Glück auf d'Reis' und ein schön' Wetter," rief der Schuster.

*) Mentisch, auch höllmentisch, erhöht den Begriff sowohl von Annehmlichkeiten als auch von Unangenehmem.

*) Riegelsam = ruhig.